

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

20 (24.1.1914) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: 3/4 M. monatl. 7 1/2 M. vierteljährl. 22 1/2 M.; abg. monatl. 2 1/2 M.; am Post-Lotter 2 10 M. durch den Briefträger 2 52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 17 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 1/2. Lokalinserta billiger. Schluß d. Inseratenannahme 10 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Der zweite Anlauf.

Zum zweitenmal beschäftigt sich der Reichstag mit der Angelegenheit von Zabern und dem Wirrwarr ihrer Folgeerscheinungen.

Die erste Interpellationsdebatte am 3. und 4. Dezember v. J. entwickelte sich notwendigerweise zu einem Versuch, auf die Regierung als die oberste Spitze der Verwaltung einen gewissen Druck auszuüben. In seiner berühmten Mißtrauensresolution vom 4. Dezember erklärte der Reichstag, daß die Behandlung des Gegenstandes der Interpellationen seinen Auffassungen nicht entspreche. An dem Verhalten des Reichstanzlers, der es unterlassen hatte, den Ausschreitungen der Militärgewalt rechtzeitig und energig entgegenzutreten, wurde scharfe Kritik geübt. Es zeigte sich aber sehr bald, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei war, die den betretenen Weg zu Ende gehen wollte. Sie verlangte, daß der Reichstag den mit einem Mißtrauensvotum bedachten Kanzler zwingen, seinen Rücktritt zu nehmen. Diesen Zwang durch ein entsprechendes Verhalten auszuüben war der Reichstag sehr wohl imstande. Die einmalige Aktion, daß kein Kanzler in seinem Amte bleiben könne, dem der Reichstag sein Vertrauen entzog, hätte allen Nachfolgern zur Warnung dienen müssen.

Da die Mehrheit des Reiches nicht den Mut hatte, die Macht auszuüben, die sie als Vertreterin nahezu des ganzen Volkes zweifellos besaß, endete der Versuch e r g e b n i s l o s. Der Reichstanzler blieb im Amt — zur Freude der Liberalen, die nachher erklärten, sie hätten es mit ihrer Abstimmung gar nicht so böse gemeint. Die Offiziere wurden freigesprochen, der Oberstlogar mit einem Orden ausgezeichnet, die angeforderte „Korrektur“ des Polizeipräsidenten v. Jagow vollzog sich in der Weise, daß ein Festessen für ihn veranstaltet wurde; Herr v. Bethmann aber ging ins Herrenhaus und leistete dort keinen feierlichen Freischwur jenem Schwereusultum, das sich ein paar Tage später in der Gründerversammlung des Preußenbundes so herrlich offenbarte.

Der Reichstanzler ist überwunden und geschlagen. Er ist es aber nicht durch den Reichstag, sondern durch den Polizeipräsidenten v. Jagow, den Kronprinzen, das Kriegsgericht, durch die Militärpartei und die ultrareaktionäre Sozialisten.

So bietet die zweite Interpellationsdebatte ein ganz anderes Bild als die erste. Der Reichstanzler, damals der Mann des allgemeinen Mißtrauens ist mittlerweile ein Gegenstand des öffentlichen Mitleids geworden. Und der Versuch, durch ihn Einfluß auf die Verwaltung zu nehmen, mußte scheitern, weil die Verwaltung völlig desorganisiert ist. Ganz Preußen-Deutschland ist heute ein einziges Zabern, denn die öffentliche Gewalt ist von der Zivilverwaltung, deren ohnmächtige Spitze Herr v. Bethmann darstellt, auf das Militär übergegangen.

Der neue Besuch des Reichstages, seinen Willen geltend zu machen, vollzieht sich nicht mehr in der Richtung auf die Verwaltung sondern auf die Gesetzgebung; aber auch dieser Versuch droht zu scheitern, weil keine genügende Energie hinter ihm steht. Herr v. Bethmann hat in der „Nordd. Allg. Zeitung“ angekündigt, daß die Rechtsgültigkeit der Kabinettsordres von 1870 nachgeprüft werden soll, er hat aber unterlassen hinzuzufügen, ob diese Nachprüfung vom Militärkabinet oder von den Faktoren der Reichsgesetzgebung vorgenommen werden sollte. Jene Parteien des Reichstages, die nicht von vornherein vor dem Militärabsolutismus zu kapitulieren bereit sind, stehen natürlich auf dem Standpunkt, daß die Reichsgesetzgebung nicht absanken dürfe zugunsten einer autonomen Gesetzgebung des Militarismus, und sie haben diese Auffassung in verschiedenen Gesetzentwürfen und Resolutionen zum Ausdruck gebracht, die im Anschluß an die sozialdemokratische Interpellation zur Beratung gestellt werden sollen.

Die Wahrscheinlichkeit liegt nahe, daß der Reichstag auch hier wieder an die Mauern antrennen wird. Die winzige konservative Minderheit, deren gewaltige Machtphäre außerhalb des Hauses liegt, ist entschlossen, jedem reichsgesetzlichen Eingriff in ihre „Kommandogewalt“ eisernen Widerstand zu leisten. Wenn es trotzdem möglich wäre, durch einen Akt der Reichsgesetzgebung die Grenzen zwischen Zivil- und Militärgewalt festzulegen, so wäre das höchstens ein Erfolg des Prinzips ohne erhebliche praktische Bedeutung. Solange dem Offizierskorps das Ständesvorrecht der eigenen Gerichtsbarkeit erhalten bleibt, wird es auch unmöglich bleiben, die Offiziere unter das allgemeine bürgerliche Recht zu zwingen. Dem Leutnant v. Fortkner stand keine geheime Kabinettsordre zur Seite, er wurde gerichtet auf Grund einwandfreier und klarer Bestimmungen des bürgerlichen Strafgesetzbuches, dennoch wurde er von einem Offiziersgericht freigesprochen mit einer Begründung, bei der sich jedem Juristen die Haare sträuben, während jeder Mitblattdrucker angefaßt solcher Kulte des Humors vor Neid verzehrt. Der Reichstag kann beschließen, was er will; solange es Kriegsaerzte gibt, wird nicht der Wortlaut bürgerlicher

Gesetze sondern die militärische Weltanschauung für die Rechtsstellung der Offiziere entscheidend sein.

Bedenkt man obendrein, daß Gesetzesbeschlüsse des Reichstages der Zustimmung des Bundesrats bedürfen, so erkennt man die ganze Schwierigkeit des Unternehmens. Nur eine geradewegs auf das Ziel gerichtete rücksichtslose Energie könnte hier erfolgreich durchgreifen. Daß diese Energie bei den Liberalen und der Zentrumsparlei nicht vorhanden ist, wird wohl der weitere Verlauf der Angelegenheit deutlich genug lehren. Mit den Nationalliberalen ist längst nicht mehr zu rechnen, doch auch im Lager des Zentrums und der Fortschrittspartei macht sich schon wieder ein Schwanken bemerkbar als Vorzeichen eines allgemeinen Rückzugs.

Man kann unter solchen Umständen dem zweiten Anlauf des Reichstages keine günstige Voraussage stellen. Er vollzieht sich auf schwierigerem Terrain unter ungünstigeren Verhältnissen, als der erste. Aber was von ihm zu erwarten ist, das ist eine Klarstellung unserer Zustände, eine Aufstellung der Geister, eine Mobilmachung der Massen gegen die Feinde wie gegen die unzuverlässigen Freunde des Volkes und seiner Rechte. Nur durch harte Erfahrungen und bittere Enttäuschungen kann, so scheint es, die Masse des Volkes zu der Erkenntnis geführt werden, daß in den großen Kämpfen der Gegenwart Kraft gegen Kraft stehen muß. Rücksichtslosigkeit gegen Rücksichtslosigkeit. Was man als positives Ergebnis der neuen parlamentarischen Verhandlungen erwarten kann, ist aber nichts Ganzes und nichts Halbes, am Ende gar überhaupt nichts!

### Deutsche Politik.

#### Zabern und die deutschnationalen Handlungsgesellschaften.

Wenn Offiziere a. D. und Leutnants d. R. ihren eigenen Zaberner Kameraden nach dem Freispruch in Straßburg gratuliert haben, so ist das zu verstehen, obwohl es auch unter Offizieren Leute gibt, die die Schmach von Zabern nicht zu den Ruhmestaten unseres Heeres zählen. Wenn aber das Zivilpat nach all den Fußstapfen, die es erhascht hat, noch die Ehlen von Zabern beglückwünscht, so muß das doch schon ein Zeichen besonderer, sagen wir — Charaktereigenschaften sein. Diese besonderen Eigenschaften zu besitzen, rechnet sich offenbar der Deutschnationalen Handlungsgesellschaftsverband zum Verdien an. Nach dem „Vogeländischen Anzeiger“ richtete die Ortsgruppe Plauen des genannten Verbandes folgendes Telegramm an den Obersten von Reutter:

„Von Alters her im deutschen Volke war der größte Ruhm, getreu und wahr zu sein. So beglückwünschen wir den feig-reichen Offizier und grüßen Sie als einen Mann der Tat. Max Wagner, Kaufmann. Osw. Dähler, Praturist. Rob. Schambach, Handlungsgesellsch.“

#### Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

Hielt am Mittwoch abend eine Fraktionsitzung ab. Gen. Reimling, Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung“ wurde einstimmig zum Fraktionssekretär gewählt anstelle des verstorbenen Genossen Jersch. Als Redner in der Generaldebatte zu den einzelnen Etats wurden von der Fraktion gewählt: Reichsversicherungsamt: Bauer, Hoch, Feldmann; Gesundheitsamt: Antrich, Statistisches Amt: Mühe, Göhre; Kaligesehung: De. Cohn, Sachse; Olympische Spiele: Mühe, Heine; Militärretar: Stücken, Schulz, Schöpslin; Marine: Kasse, Vogt, Brandes; Kolonialetat: Tittmann, Gente, Kasse; Justizetat: Landsberg, Cohn, Heine; Schatzamt: Saase, Mollenhauer, Stolle; Eisenbahnamt: Halenzahl, Stolle, Fischer-Hannover; Reichseisenbahnen: Böhme, Fuchs; Etat des Reichstages: Siebel, Lebebour; Postetat: Ebert, Jubel; Etat des Reichstanzlers: Scheidemann, Grabnauer; Zusatztätiges Amt: Wendel, Bernstein.

#### Victor Schweinburg gestorben.

Am Donnerstag verstarb in Berlin nach längerer Krankheit der Politiker und Herausgeber der „Berliner Politischen Nachrichten“ Victor Schweinburg im 60. Lebensjahre. Der Verstorbenen war Mitbegründer und lange Jahre hindurch ehrenamtlicher Sekretär des Deutschen Flottenvereins, ferner der Vertrauensmann des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Er hatte gute Beziehungen zur preußischen Regierung. Ihm wurde seinerzeit öffentlich nachgesagt, mit wichtigen Regierungssachen, die er als Journalist zu Gesicht bekam, Schachergeschäfte getrieben zu haben. Als Vertrauensmann der Industriellen war er ein Scharfmacher erster Güte.

#### Wahlagitator der Kriegervereine.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit der Wahl des in Darburg gewählten weltlichen Abgeordneten Alpers. Dieser wurde in der Stichwahl mit 23 129 Stimmen gegen den Genossen Leide, der 20248 Stimmen erhielt, gewählt. Der vorliegende Wahlprotest rügt das Eingreifen der Kriegervereine in die Wahlagitator zugunsten Alpers. Während die Leitung des Militärvereinsbundes im Falle einer Stichwahl zwischen Welfen und Sozialdemokratie, die sie beide als Reichsfeinde betrachtet, Stimmenthaltung forderte, hatten die örtlichen Kriegervereine im Gegenatz hierzu in Zeitungen und Flugblättern zur Wahl Alpers aufgefordert. Nach längerer Diskussion erklärte die Kommission das Eingreifen der Kriegervereine im allgemeinen mit 8 gegen 4 Stimmen als unzulässig. In diesem Falle seien jedoch die ausgegebenen Pa-

rolen widersprechend und deshalb unwirksam gewesen. Schließlich wurde die Wahl Alpers mit 6 gegen 5 Stimmen für gültig erklärt.

#### Sieg der Militärpartei auf der ganzen Linie.

Nach einer Meldung der „Rhein. Westf. Zig.“ aus Straßburg fand im Statthalterpalais eine Ministerkonferenz statt, aus der mitgeteilt wird, daß mit dem Rücktritt der leitenden Personen in der elsass-lothringischen Regierung nach Abwicklung aller mit dem Fall Zabern zusammenhängender Angelegenheiten, also etwa Ende des Frühjahres, zu rechnen sei. Mit Ausnahme des Finanzministers Köhler werden sämtliche Posten neu besetzt werden, also auch der des Statthalters.

#### Bureauangestelltenfragen in der Petitionskommission des Reichstages.

In der Sitzung der Petitionskommission vom 22. Januar stand die Petition des Verbandes der Bureauangestellten zur Debatte, die eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse aller Bureauangestelltergruppen fordert. Dazu gehören z. B. die Angestellten der Rechtsanwältle, der Gerichtsvollzieher, der Notare, der Patentanwälte, der Bücherrevisoren, der Konkursoverwalter, der Berufsammern, der Berufsvereine, der Krankenkassen und ähnliche. Gefordert wird zunächst die rechtliche Gleichstellung aller dieser Angestellten mit den Handlungsgehilfen. Von den Regierungsvertretern wurde gegen ein solches einheitliches Bureauangestelltenrecht eingewendet, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse viel zu verschieden lägen und daß sich daraus so viel Schwierigkeiten auftrüben, daß ein solches Gesetz geradezu undurchführbar sei. Weiter wurde eingewendet, daß zum Teil eine reichsgesetzliche Regelung, z. B. für die Angestellten der Berufsvereine, und anderenfalls in einzelnen durch die Berufsversicherungsordnung geschaffen sei und daß auch eine Gesetzesvorlage in Angriff genommen sei für die Rechtsanwaltsangeestellten; diese Vorlage sei zurückgestellt worden, weil inzwiischen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Anwaltsverein und den Angestelltenverbänden eingeleitet worden wären. Im übrigen sei auch für andere Bürogehilfen im Dienstleistungswege manche Regelung vorgenommen. — Unsere Genossen traten diesen Auffassungen der Regierungsvertreter entgegen. Die vermeintlichen Schwierigkeiten aus den verschiedenartigen Verhältnissen trafen zumeist nicht zu, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtige. Namentlich sei es nicht angängig, die gesetzliche Regelung für die Rechtsanwaltsgehilfen deshalb zurückzustellen, weil Tarifverhandlungen angebahnt seien. Die Petitionskommission folgte auch diesen Darlegungen unserer Genossen und überwies für diejenigen Gruppen des Berufsstandes, für die eine gesetzliche Regelung der Berufsverhältnisse von der Regierung bereits in Aussicht genommen ist, die Petition des Bureauangestelltenverbandes zur Verwirklichung und hinsichtlich aller übrigen Berufsgruppen zur Erwägung.

#### Wer hat die Hausfuchungen in den Dresdener Zigarettenfabriken veranlaßt?

Ein tiefes Dunkel schwebt noch über diese Frage. Der „Berliner Lokalanzeiger“, der zu allen Vorder- und Hintertreppen Zugang hat, berichtet am Donnerstag abend, die Angelegenheit werde sehr geheim behandelt. Der Antitrustverband habe verschiedenen Dresdener Redaktionen erklärt, von ihm gebe der Strafantrag gegen die dem amerikanischen Trust nahestehenden Firmen nicht aus. Auf Anfrage habe auch das Reichsamt des Innern erklärt, es stehe dem Vorgehen der sächsischen Behörden völlig fern. In Berlin ist man umsoweniger veranlaßt, gegen die Firma Jasmahj vorzugehen, als dieses Haus sich ausdrücklich bereit erklärt hatte, der vom Reichsamt des Innern über den Trust geplanten Enquete alle gewünschten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Der „Deutsche Kurier“ behauptet, die Hausfuchungen, die bei 23 Dresdener Zigarettenfabriken durch Gerichtsbehörden vorgenommen wurden, seien doch auf Veranlassung der Reichsregierung erfolgt und bilden die Einleitung zu einer gesetzgeberischen Aktion, die auf ein Reichszigarettenmonopol ausgeht! Von sehr gut unterrichteter Seite will die Redaktion des „Kuriers“ erfahren haben, daß die Beamten, die zu den Hausfuchungen hinzugezogen worden sind, in besonders feierlicher Weise in einem besonderen Instruktionstextus vom Untersuchungsrichter Oberamtsrichter Günzburg auf ihren Dienstfeld demiesen und zu völliger Geheimhaltung ermahnt wurden. Trotzdem sei durchgesickert, daß die Reichsregierung dahinterstehe, und das namentlich bei Jasmahj wertvolles Material zur Geschichte des Trusts beschlagnahmt wurde. Formell gründe sich das gerichtliche Vorgehen auf § 128 des Strafgesetzbuches, der von Geheimbündelei handelt, da der Trust immer versucht habe, seine Verbindungen geheim zu halten. In rechtskundigen Kreisen, die auf Seiten der Gegner des Trustes stehen, sei man der Ansicht, daß eine Verurteilung kaum erfolgen werde, daß hier vielmehr der Prozeßgraph, der einst bei Bekämpfung der Sozialdemokratie eine Rolle gespielt habe, nur Mittel zum Zweck sei.

#### Ein nationalliberales Schelmenstück.

In längeren Ausführungen nimmt am Donnerstag die „Süd. Zig.“ zum zweitenmal zu dem bekannten Fall des Genossen Walter Stöcker Stellung, dem wegen seiner Betätigung für die Sozialdemokratie die Verurteilung zum Einjährigendienst entzogen wurde. Zunächst schreibt sie ganz vernünftig:

„Es fragt sich nur, ob die Agitation für die Sozialdemokratie ein moralischer Mangel ist. Man kann ein ehrlicher Man-

ner, ja ein Feind der Sozialdemokratie sein, man kann die Sozialdemokratie als das größte Uebel, die Agitation für sie als den schlimmsten Fehler ansehen, daß der Fehler aber ein fittlicher Defekt, ein moralischer Mangel sei, wird man jedenfalls allgemein nicht behaupten können. Es sind durchaus Fälle denkbar, wo die Agitation für die Sozialdemokratie unmoralisch sein kann, besonders in der Art und Weise ihrer Betreibung; im allgemeinen kann aber eine politische Betätigung, selbst für eine radikale Partei, nicht für moralisch erklärt werden, wenn sie der inneren Ueberzeugung des Politikers entspricht. Im Gegenteil kann die Verleugnung einer Ueberzeugung eher gegen das Sittengesetz verstoßen, als ihre Vertretung. Eine Auslegung der Mehrordnung in der Art, die die Agitation für die Sozialdemokratie moralisch unwürdig mache, entspricht also nicht dem Sinne des Gesetzes und kann ihre Stütze auch nicht in Ministerialerlassen finden."

Nach diesen Ausführungen aber kommen folgende Sätze: „Sind im militärischen Interesse entsprechende Vorschriften über die Qualifikation der Freiwilligen erforderlich, so möge man die Gesetze dahin ändern, daß der Freiwilligen-Eintritt in das Heer oder die Marine von der persönlichen Eignung es sich Meldenden abhängig ist. Man ersehe also das Wort „moralisch“ durch das Wort „persönlich“, dann wird gegen die gewünschte Auslegung vom Standpunkt der Gesetzesinterpretation nichts zu erwidern sein.“

Also nur eine kleine Wortänderung, und die Sache ist in formaler Beziehung perfekt. Der Realismus der Sozialdemokraten steht nicht das mindeste mehr im Wege. Vor aller Welt muß diese nationalliberale Leistung an den Pranger gestellt werden.

### Badischer Landtag.

Noch immer schleppen sich die Verhandlungen der Kammer nur langsam vorwärts. Gestern wurde zunächst der Bericht der Nachweisungen über die in den Jahren 1911 und 1912 verausgabten Landesgelder, sowie der Bericht über die vergleichende Darstellung der Budgetsätze und der Rechnungsergebnisse für die Jahre 1911 und 1912 erörtert. Es handelt sich hierbei um verfassungsmäßige Kontrollberichte der Stände über den Vollzug des Budgets. Diese Berichte wurden jeweils debattelos entgegengenommen.

Sodann begründete der Zentrumsabg. Köhler die Interpellation über die Reichsvergütung für die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichsteuern. Das Reich geriert sich auf diesem Gebiet als Kostträger, als die Kosten für die Erhebung der Zölle und Reichsteuern ausmachen. Für Baden beläuft sich die Mindereinnahme auf rund 1 137 000 Mk. Trotz aller Beschwerden seitens der Einzelstaaten hat der Bundesrat sich bis heute noch nicht entschließen können, eine entsprechende Aenderung der Reichsverfassung in Vorschlag zu bringen. Die betreffenden Bestimmungen der Reichsverfassung ist durch die Entwicklung der Verhältnisse längst überholt.

Der Finanzminister gab in seiner Antwort an, daß der derzeitige Zustand zu sehr unbilligen und ungerechten Verhältnissen führe. Der Zollaufwand Badens im Innern sei ein unverhältnismäßig hoher. Ganz besonders trete dies bei der Entschädigung über die Erhebung der Branntweinsteuer zu, wo für 21 000 Kleinbrennereien die Entschädigung nicht höher sei, als für 1 Brennerei mit einer Produktion von 5000 Hltr. pro Jahr. Diese einseitige und ungerechte Belastung treffe vor allem die süddeutschen Staaten mit ihrer großen Zahl von Kleinbrennern. Ein Antrag auf Aenderung der derzeitigen Bestimmungen wurde schon im Jahre 1911 beim Bundesrat gestellt, ist aber bis heute noch nicht zur Behandlung gekommen. Dagegen hat das Reichsfinanzamt über die Frage eine Entschickung ausgearbeitet. Die darin enthaltenen Vorschläge kommen den Wünschen der süddeutschen Staaten einigermaßen entgegen.

Der Finanzminister scheint indessen wenig Hoffnung auf eine gründliche Reform zu hegen.

In der Diskussion kam der Wunsch nach der so notwendigen Aenderung der reichsgesetzlichen Bestimmungen entschieden zum Ausdruck. Das Zentrum stellte einen entsprechenden Antrag, der aber erst in der nächsten Sitzung zur Abstimmung kommt, dessen einstimmige Annahme indessen feststeht.

Die Interpellation betreffend die preussischen Eisenbahnkonferenzen wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

### 18. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruher, 23. Januar 1914.  
Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9 3/4 Uhr.  
Am Regierungstisch: Minister Dr. Rheinboldt und Kommissäre.

Eingegangen ist eine Petition der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden, die Errichtung von staatlich unterhaltenen Kraftwagenlinien, hier die Verbindung der Oltb. a. r. mit der Stadt Donaueschingen betr., die an die Eisenbahnkommission überwiesen wird.

### Rechnungsnachweisungen.

Abg. Köhler (Zentr.) erstattet den Bericht der Budgetkommission über die Nachweisungen über die in den Jahren 1911 und 1912 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung; die vergleichende Darstellung der Budgetsätze und der Rechnungsergebnisse für die Jahre 1910 und 1911 und die Denkschrift der Regierung über die Rechnungsnachweisungen und Vergleichenden Darstellungen. Das Vermögen der Amortisationskasse hat sich auch im Berichtsjahre vermehrt. Die Kommission beantragt, die Nachweisungen und die vergleichende Darstellung unbeanstandet zu erklären. Beim Etat des Staatsministeriums hat sich gegenüber dem Budget ein ungünstiger Abbruch ergeben. Das Finanzministerium schloß um 3 680 000 Mark günstiger ab als vorgesehen war. Während sich bei den direkten Steuern ein Mehrbetrag von 1 860 000 Mark ergab, ergab sich bei den indirekten Steuern ein Minderbetrag von 1 700 000 Mark. Die Justizgefälle an Steuerstrafen betragen ein Plus von 300 000 Mark. Der Gesamthaushalt stellt sich wie folgt: Die Ausgaben betragen 211 000 000 Mark, die Einnahmen betragen 214 000 000 Mark, mithin eine Mehreinnahme von etwa 2 Millionen Mark. Der Abschluß ergab ein um 6 Millionen günstigeres Ergebnis gegen einen angenommenen Fehlbetrag von 4 Millionen. Bei der Abrechnung der Eisenbahnen sind die Ausgaben für das Eisenbahnstudium in Karlsruhe mitzuberechnen. Bezüglich der Ausgestaltung der Rechnungsergebnisse beantragt die Kommission, daß es beim bisherigen Zustand mit einigen Einschränkungen belassen werde.

Die Anträge der Kommission werden genehmigt.  
Es folgt die Beratung der Interpellation Köhler (Zentr.) u. Gen.: 1. Ist es richtig, daß die Vergütung, die das Großherzogtum Baden vom Reich für

Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichsteuern erhält, um jährlich 4 Millionen hinter dem wirklichen Aufwand zurückbleibt? 2. Zutreffendfalls, was hat die Regierung getan oder was gedenkt sie zu tun, um diesen für die badischen Finanzen höchst nachteiligen Zustand zu beheben?

Abg. Köhler (Zentr.) begründet die Interpellation. Die Frage spielt eine finanziell wichtige Rolle. Gemäß Reichsverfassung werden für die Erhebung der Zölle und Reichsteuern Vergütungen gewährt. Die Spezialgesetzgebung hat hierfür besondere Sätze nominieren. Teils werden die wirklichen Kosten vergütet, teils ein Prozentsatz der Abgaben. Für die Erhebung der Branntweinsteuer erhält Baden z. B. 20 Prozent. Der Prozentsatz ist im allgemeinen außerordentlich verschieden. Bei einzelnen Dingen beträgt er nur 4 Prozent, bei anderen mehr. So weit bei diesen Vergütungen der einzelne Bundesstaat auf seine Rechnung kommt, ist eine Aenderung nicht unbedingt nötig. So bald dies jedoch nicht der Fall ist, muß eine Aenderung eintreten. Bei der Branntweinsteuer wurde früher 15 Prozent vergütet. Der Reichstag hat jedoch die Vergütungen immer mehr heruntergeschraubt; sie wurde 1912 auf 8 Prozent reduziert. Am eifrigsten Landtag wurde festgestellt, daß die Einzelstaaten für die Erhebungen der Reichsteuern Hunderttausende auslegen. Wenn Zollverträge mit anderen geschlossen, daß sich die Verhältnisse früher geändert haben. Der Zollverträge an der Grenze ist ein anderer geworden. Die Hauptarbeit spielt sich heute im Innern ab, wo die schwierigste Arbeit zu leisten ist.

Es gibt Staaten, die bei den jetzigen Verhältnissen kein schlechtes Geschäft machen. Staaten mit einer ausgedehnten Grenzverwaltung haben vom jetzigen Zustand Vorteil; dies ist z. B. bei Preußen der Fall. Bei den süddeutschen Bundesstaaten ist es jedoch anders. Sie werden durch die jetzigen Verhältnisse geschädigt. In Elsaß-Lothringen wurde hiergegen schon energisch protestiert, da es hierdurch gegen Preußen benachteiligt wird. Auch Baden ist hierbei stark benachteiligt; man sprach schon von 1 Million, die Baden an den Reichssteuererhebungen an Umsätzen hat. Die Notwendigkeit einer Neuregelung ist daraus ersichtlich. Die neuen Vorschläge sollen nach der „Straßburger Post“ bestimmen, daß die Bundesstaaten eine prozentuale Entschädigung nach der Einnahme und beim Grenzübergang eine Vergütung pro Kilometer erhalten. Stimmen diese Behauptungen? In Anbetracht der Wichtigkeit der Frage bitten wir um Aufklärung.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Die Unzulänglichkeit des jetzigen Zustandes wurde von mir schon im letzten Landtag betont. Dem bestehenden Zustand zufolge ist die Erhebung der Zölle und Reichsteuern den einzelnen Bundesstaaten zur Rechnung des Reiches überlassen. Nur für einen Teil dieser Arbeit erhalten sie vom Reich eine direkte Vergütung. Nach den bestehenden Grundgesetzen werden die Aufwendungen für die bezüglichen Beamtengehälter mit den durchschnittlichen Gehältern aufgerechnet. Für eine Reihe anderer Ausgaben geschieht die Vergütung durch Vergütung des tatsächlichen Aufwandes. Der Finanzminister behandelt hierauf die Vergütung für die einzelnen Steuern. Der richtige Verteilungsmaßstab läßt sich nicht überall leicht finden. Heute ist der Aufwand für die Zölle usw. im Innern beträchtlich gestiegen. Der nicht vergütete Aufwand in Baden wird heute auf 887 000 Mark berechnet. Die bestehenden Zuschüsse entsprechen nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Baden hat im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl einen hohen Aufwand zu bestreiten. Eine Neuregelung ist daher zu begrüßen. Es sind auch nicht gerade die leistungsfähigsten Bundesstaaten, die hierdurch belastet sind. Das gesamte Baden für Baden beträgt inkl. der Ausgaben für die Reichssteuererhebungen 1 137 000 Mark. Was die Brauereisteuer betrifft, so sind im letzten Jahr in Baden 21 133 Brennereien in Betrieb gewesen. Die Vergütung für Steuererhebungen ist nicht höher als die für einen Betrieb mit 5000 Hektoliter Produktion, die Kosten für die Ueberwachung dieser großen Anzahl von Betrieben sind enorm hoch. Ähnlich wie in Baden liegen die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen. Auch Württemberg und Bayern kommen bei der derzeitigen Art der Vergütungsbestimmung nicht auf ihre Kosten. Der jetzige Zustand bedarf daher dringend der Beseitigung. Wir sind auch mit den in Betracht kommenden süddeutschen Staaten im Jahre 1911 mit einem Antrag auf Aenderung an den Bundesrat herangetreten. Der Hauptzweck war Berücksichtigung der Anzahl der Brennereien beim Vergütungsmodus. Der Antrag ist bis heute noch nicht im Bundesrat behandelt worden. (Hört, hört!) Es ist jedoch über die Frage eine Denkschrift ausgearbeitet worden. Der Gegenstand ist ein sehr schwieriger. Eine befriedigende Lösung läßt sich schwer finden, da in dieser Frage die Interessen auseinander gehen. Die badische Regierung hat darauf hingewiesen, daß eine erhöhte Vergütung für die Zollverwaltung im Innern nötig ist. Die badische Regierung hat sonach alles getan, um bei der untern Finanzverwaltung einen günstigeren Zustand zu bewerkstelligen. In nächster Zeit wird die Frage allerdings nicht geklärt werden, bis zum Jahre 1915 muß jedoch wegen der Frage der Brauereisteuer die Sachlage geklärt werden.

Es wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.  
Abg. Wittemann (Zentr.): Man kann auf die Dauer dem Lande Baden nicht zumuten, diese Verhältnisse bestehen zu lassen. Es muß unbedingt auf Beseitigung des jetzigen Zustandes hingewirkt werden. Wir möchten eine Regelung dahingehend, daß uns eine angemessene größere Entschädigung gewährt wird. Der Redner hat einen diesbezüglichen Antrag bereits gestellt; er bittet, ihn begründen zu dürfen.

Präsident Rohrbach: Dies ist geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig. Die Abstimmung über den Antrag kann erst in der nächsten Sitzung erfolgen.

Abg. Wolf (Zentr.) fällt die Beratung für zulässig.  
Abg. Wittemann (Zentr.) fortfahrend: Dem Antrag gemäß soll das Reich die Kosten für den tatsächlichen Aufwand für Erhebung von Reichsteuern und Zölle vergüten. Hierdurch kämen wir am besten zu einer einfachen Lösung.

Präsident Rohrbach: Der Antrag der Abg. Wittemann und Gen. lautet: Hohe Zweite Kammer wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, im Bundesrat auf eine Aenderung durch die Erfahrung, daß im Zuchthaus das Bessere immer der Feind des Guten ist.

„Der Arbeitsinspektor braucht Ihre Zelle für einen neuen Dütenkleber. Sie werden wieder in Zelle 96 kommen.“

„Weine alte Zelle! Das war eine frohe Ueberraschung! Schnell war mein sechster Umzug bewerkstelligt. Mit wahrer Ehrung begrüßte ich die gute alte Zelle, die Zeugin meiner ersten Selbstenannten gewesen war, und die das Geheimnis der durchschlagenen Stange so treu bewahrt hatte. Als ich eintrat, leuchtete mir die Juniflorne einen Willkommengruß durchs Fenster entgegen, und ich blickte sogleich hinaus. Der Kirchhof, den ich zwei Jahre nicht mehr gesehen hatte, sah ganz festlich aus in seinem grünen Blätter- und Blumenkleid, eine Ansel sah leise im Gebüsch, während sich die Spähen in der Alee herumzankten und balgten. Ich sehe das Vienenkorngewimmel auf der Straße hör die Trambahnklingel, höre wieder die feierliche Zuchthausuhr die endlosen Stunden schlagen — und bin glücklich, all das wiederzufinden! Gerade wollte ich mir noch einmal mit voller Ueberzeugung Glück wünschen zu dem guten Tag, als die Tür aufging und die Rückseite der Wandfläche sich in Gestalt des mürrischen Klump präsentierte. Er war nicht höflicher geworden, seitdem ich nicht mehr in der Zelle gewohnt hatte, ihn um mich zu sehen; aber glücklicherweise war der erste Juli mit seinem Personalwechsel nahe. Klump wollte mich holen, damit ich im Sekretariat Dolmetscher sein sollte.“

„Herr Chorenne“, sagte der immer höfliche Sekretär, „hier ist der Juwelier Goldmann aus Paris, der vor ein paar Tagen eingeliefert wurde. Ich möchte ihm einige Fragen stellen, aber er spricht kein Wort deutsch. Wollen Sie ihn bitte nach der Adresse seiner Frau fragen, und ob er Vermögungen hat.“

Ich erfuhr, daß Goldmann von seiner Frau getrennt lebe, die in Versailles wohne, und daß er zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter habe. Man hatte ihn in Deutschland auf einer Geschäftsreise mitnahm seinen Juwelen verhaftet und wegen Spionage zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Es war ein lebhafter, runderer Mann mit ausgetrockneten jüdischen Zügen, der mir alles andere als ein Spion schien. Ich bedauerte ihn von Herzen: fünf Jahre Zuchthaus, ohne ein Wort Deutsch zu verstehen! Dabei war er nicht mehr jung und schien sehr vermögend. Eine Ahnung laute mir, daß dieser Mann nicht lebens hier heraus käme. (Fortf. folgt.)

## Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

42 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

### Diergehtenes Kapitel.

Vom Meistertopf zur Feder. — Zwei Pariser Gefangene.

Welche Wonne, daß ich sie nun endlich, nach 16 Monaten endlich wieder in den Fingern hielt meine liebe Feder! Ich streichelte sie und folgte ihr mit verliebtem Blick als sie so leicht und elegant über das weiße Papier glitt. Es war wie das Glück eines Liebenden, der nach langer Trennung endlich die Geliebte wiederfindet. Und mit glühendem Eifer stürzte ich mich in die altvertraute Arbeit. Schon nach ein paar Tagen war ich seelisch ein anderer geworden. Die Gefangenschaft hatte alles Quälende und Demütigende verloren, und ich kam mir nun vor, wie ein Benediktinermönch, der in einem mittelalterlichen Kloster sich seiner angenehmen Arbeit hingibt, während die Sonne sein Fensterrahmen vergoldet und von draußen gedämpfter Orgelklang hereinströmt. Aber ach, die schöne Illusion wurde nur zu oft durch kleine ärgerliche Zwischenfälle gestört, die mich rauh zur bösen Wirklichkeit zurückriefen.

Ich hatte damals als Zellennachbarn einen gewissen Hermann, denselben der mit Schmidtkonz zusammen den tollkühnen Fluchtplan hatte ausführen wollen. Er hatte noch zwanzig Jahre Zuchthaus vor sich und lächelte mir deshalb so tiefes Mitleid ein, daß ich ihm jedesmal beim Spaziergang, wenn er mich anredete, besonders höflich und freundlich antwortete. Eines Tages erschien mein jetziger Aufseher Lehmann, derselbe den wir früher stets den „Schleicher“ genannt hatten, bei mir, warnte mich mit geheimnisvollen Andeutungen vor dem „Schurken“ Hermann und bat mich, achtzugeben, ob ich nichts Verdächtiges nebenan höre. — Wahrscheinlich wollte er mich durch dies Vertrauen besonders ehren, ich aber antwortete daß ich nichts stets wie ein Murmeltier schlief und er deshalb nicht auf mich zählen könne. Zwei Tage später zeigte mich Lehmann an, weil er mich morgens um fünf Uhr mit meiner Jacke bekleidet im Bett lebend gefunden hatte, und das Lesen im Bett merkwürdigerweise nur im Semb erlaubt war. Der Direktor begnügte sich natürlich wieder damit, mich an die Befolgsamkeit des Realelements

zu mahnen. Nicht Tage darauf wurde ich vom Oberaufseher angezeigt, weil ich wieder mit Hermann gesprochen hatte. Der Direktor, der stets Nachsichtige, ermahnte mich freundlich und erschien dann am folgenden Tag persönlich in meiner Zelle, um mir sein Erstaunen darüber auszusprechen, daß ich mit einem Schurken, wie Hermann rede. Ich meine, daß die Bezeichnung „Schurke“ von einem Menschen abfallen müßte, der zwanzig Jahre Zuchthaus vor sich hat.

Am nächsten Tag trat der Oberaufseher in meine Zelle, um mir zu melden, man habe einen Landsmann von mir, einen Bollblutpariser, eingeliefert.  
„Wirklich? Ich bedauere den Unglücklichen. Darf man wissen, wie er heißt?“

„De Rod.“

„Doch nicht Paul de Rod?“

„Doch, ich glaube, daß er Paul heißt. Kennen Sie ihn?“

„Nun habe ich Gelegenheit den alten Angeber ein bisschen zu ärgern, und eifrig versicherte ich, daß ich ihn sehr gut kenne.“

„Er ist ein guter Freund von mir. Was hat er denn begangen, der Arme?“

„Was er begangen hat? Natürlich hat er gegen das deutsche Reich intriguiert,“ und eiligt stürzt er davon, wieder schnell seinen Bericht beim Direktor anzubringen.

Sofort läßt mich der Direktor rufen.

„Ich will Sie mit de Rod konfrontieren.“

Dieser wird gleich darauf heringeführt. Er ist ein großer, schlanker Mann von etwa 45 Jahren, mit aristokratischen Zügen und graumeliertem Haar.

„Kennen Sie diesen Herrn?“

De Rod blickt mich erschrocken an und antwortet dann in schlechtem Deutsch, daß er mich nicht kenne. Ich muß notgedrungen seine Aussage bestätigen.

Der Oberaufseher ist höchlich enttäuscht und führt uns in unsere Zellen zurück. Nun kannte ich außer dem Schriftsteller Paul de Rod also auch noch diesen, aus dem man hier im Zuchthause einen Militärschreiber machte.

Ich war wieder einmal ganz vertieft in meine Ueberlegungsarbeiten, als eines Morgens der Aufseher Koppe mich aufschreckte, um mir mitzuteilen, daß ich ausziehen müsse.

Mein erstes Gefühl bei dieser Nachricht war der Ärger. Ich hatte doch eine so geräumige helle Zelle, in der es sich so gut arbeiten ließ, und ich war mißtrauisch geworden

zung der geltenden Bestimmungen über die Entschädigung der Einzelstaaten für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Reichsteuern und Zölle auch weiterhin hinzuwirken, damit den Einzelstaaten die von ihnen tatsächlich für diese Zwecke gemachten Aufwendungen in voller Höhe vom Reiche ersetzt werden.

Die Abstimmung hierüber wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

**Abg. Götting (Natl.)** weist darauf hin, daß der jetzige Zustand, bei dem wir für das Reich hohe unerledigte Ausgaben haben, unhaltbar ist. Es ist dieses nichts anderes, als eine verfrühter Abgabe für das Reich. Die Verwaltung der Reichsteuern durch die Beamten der Bundesstaaten ist das Richtige; nur muß der Aufwand entsprechend entschädigt werden. Unsere Fraktion wird sich wahrscheinlich (Zwischenruf im Zentrum: Wahrscheinlich!) dem Antrag anschließen.

**Abg. Sühnd (Soz.):**

Es war interessant, die Summe zu erfahren, die wir für das Reich in dieser Hinsicht außer den 80 Bfa. für Matrifularbeiträge leisten. Der Aufwand für die innere Zollverwaltung beträgt 800 000 M., demnach die Hälfte unserer heutigen Matrifularbeiträge. Rechnen wir die Summe aus, die wegen des Brennweins ans Reich gezahlt wird, so könnten wir statt dessen jedem Landwirt 150 M. zahlen. Es ist dies ein völlig unhaltbarer Zustand. Wir werden für den Antrag des Zentrums stimmen. Wo gleiche Pflichten sind, sollten auch gleiche Rechte sein; es sollte kein Unterschied zwischen den einzelnen Bundesstaaten gemacht werden. Die einzelnen Bundesstaaten können verlangen, daß sie nicht gegenseitig untereinander benachteiligt werden.

**Abg. Benedek (F. Pp.):** Die Höhe der Summe für diese Ausgaben hat uns überrascht. Wir sind zu Opfern für das Reich bereit. Aber wir wollen uns dagegen verwahren, daß wir zu ungeduldeten Opfern beigegeben werden. Wir unterstützen daher das Verlangen nach einer Verringerung des bestehenden Zustandes und treten für den Antrag des Zentrums ein.

**Abg. Bauschbach (Natl.):** Der jetzige Zustand bedeutet eine Ungleichheit, die beseitigt werden sollte.

**Abg. Reuhaus (Zentr.):** Wenn wir 21 000 Brenner haben, so können auf den einzelnen Brenner nicht 150 M. fallen, wie Abg. Sühnd ausrechnet. Die vom Finanzminister genannten Zahlen sind erschreckend. Man hätte in dieser Frage früher schon vorgehen sollen. Die badische Regierung hätte in dieser Sache schon früher an den Bundesrat herangetreten müssen.

**Finanzminister Dr. Rheinboldt:** Wie die definitive Regelung der Frage sein wird, kann ich heute noch nicht sagen, da es sich um vertrauliche Fragen handelt. Die Mitteilungen der „Straßburger Post“ entsprechen jedenfalls nicht den Tatsachen. Bei der ganzen Sache handelt es sich um eine Frage der Reichsverfassung; die Volksvertretung konnte daher schon früher über den Stand unterrichtet sein und sich auf Grund des Budgets ein Bild von den Dingen machen.

**Abg. Kolb (Soz.):**

So harmlos ist der Zustand nicht, wie es der Finanzminister darstellt. Wäre Preußen durch die Sache benachteiligt, dann wäre es anders. Da würde die verfassungsmäßige Seite mit den Verhältnissen reich in Uebereinstimmung gebracht. Die süddeutschen Bundesstaaten lassen sich eben alles gefallen. Diesen aus benachteiligenden Zustand hätte man nicht Jahrzehnte lang bestehen lassen sollen. Ich hoffe, daß daher endlich an eine Verringerung des Zustandes herangetreten wird.

**Abg. Hummel (F. Pp.)** weist auf die ähnlich liegende Postergütung hin.

**Abg. Müller (Zentr.):** Wir hoffen, daß unser Antrag einstimmig angenommen wird. Die Reichsverfassung ist schon bei anderen Dingen abgeändert worden. Man kann es daher auch hier tun.

Präsident Hohenzollern teilt mit, daß gemäß Vereinbarung der Parteien die Interpellation Dr. Koch (Natl.) u. Gen., die Vereinfachung der Staatsinnahmen durch die Bevorzugung der Reichseisenbahnen betr., von der Tagesordnung abgesetzt wird.

**Nächste Sitzung:** Mittwoch, 28. Januar, nachmittags 4 Uhr: Tagesordnung: Ministerium des Innern, Titel 1-6, 9-1, 21, 22; Einmalmettel 1-5.

Schluß der Sitzung: 11 1/2 Uhr.

## Die Zabern-Interpellationen im Reichstage.

Berlin, 23. Jan.

Sitzung vom 23. Januar.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12.06 Uhr. Am Bundesrätisch sind erschienen: Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, sowie die Staatssekretäre Dr. Bischoff, Kuehn und Kräfte.

Das Haus und die Tribünen sind dicht besetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage des Abg. Dr. Quard, Frankfurt über die Begrenzung der deutschen Geheide und Verordnungen über den Handel mit Getreide. Einbeziehung feuch, nasser, nasserer Mikroorganismen in das amtliche Verzeichnis der Getreide sowie eine internationale Regelung des Handels mit Getreide usw.

Auf die Anfrage erwidert Direktor Dr. von Jonquieres: Die Vorschriften über den Handel mit Getreide und Bakterien haben bis jetzt genügt; es bestehen aber Erwägungen im Anschluß an die Erfahrungen, die der Getreideprozeß Hopf gezeitigt hat, diese Frage auf internationalem Wege zu regeln.

Das Haus tritt sodann in die Verhandlung über die Interpellationen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler bezüglich der kriegsgerichtlichen Verhandlungen in Straßburg über die Vorgänge in Zabern, sowie über die Befugnis der militärischen Befehlshaber zur Ausübung der öffentlichen Gewalt ein.

Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erhält zunächst das Wort

**Abg. Dr. Frank (Soz.)**

begründet die erste Interpellation. Wir halten den Reichskanzler auch für eine bescheidene Natur, aber die jetzige Zeit ist doch geeignet, sein Selbstgefühl zu steigern. Er wird von allen Seiten angegriffen und das ist ein Schicksal, das sonst nur guten Staatsleuten zukommt. Reichstag, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus laufen gegen ihn Sturm. Freilich war Herr Kaisermann so grausam, feitzufellen, daß des Reichskanzlers Politik im Ganzen nationalliberal sei. (Heiterkeit.) Ob aber all-nationalliberal, ist noch eine Streitfrage zwischen Herrn Nöbling und Herrn Schifferer. Nationalliberale Politik ist, daß immer etwas in Bewegung ist und nichts vom Fleck kommt. Wenn wir uns im Zabern kümmern, so ist das keine juristische, sondern eine politische Frage. Ob die Leute Gefangnis oder Tod bekommen, ist egal. Der Reichskanzler hat am 3. Dezember anerkannt, daß eine geschäftsmäßige Grundlage für das Vorgehen des Obersten v. Reuter nicht vorlag. Was macht aber das Gericht im Falle Fortzögerung daraus? Ein Leutnant und 11 Soldaten umringen einen Mann und fuchen ihn festzuhalten und der Leutnant schlägt den Mann nieder. Das nennt sich Vandalismus. Der Kriegsgerichtsrat saale selber, daß die 11 Sold-

aten mit Gewehren bewaffnet waren und einem unbewaffneten Säufler gegenüberstanden. Das ist aber

**Militärgerichtsjustiz.**

Wo hat man es erlebt, daß Richter einem Angeklagten zu seiner Freisprechung gratulierten und daß der Vorkisende über das Urteil telegraphierte, man muß schon sagen, Meldung erhaltete. Bezeichnend ist die Mitteilung des Kriegsgerichtsrates Medicus, wenn man dazu hält, daß die Zivilgeugen sich zum Teil erst melden mußten, um vernommen zu werden. Es geht daraus hervor, daß man von vornherein die Aussagen der Militärs-Glaubens beimah. Das war eine gute Lehre für die Staats-anwälte und Assessorn, die sonst gemohnt sind, die Aussagen eines Schutzmannes über die von 20 Zivilgeugen zu stellen. Auch nicht, weil eine Indisposition vorlag, sagte der Reichskanzler das, weil ihm einer seine Disposition gestohlt hatte, sondern aus Freiem heraus. Dann aber kam Donau u. s. g. n. g. n. Der Reichskanzler wiederholte: Recht und Gesetz müssen Recht haben. Dann kam die konservative Hege und der Reichskanzler wurde schwankend. Dann kamen die Urteile in Zabern und das waren Kolbenstöße gegen den Reichskanzler. Was tut der Reichskanzler zur Wahrung seines Ansehens? Er läßt den Gerichtsrat auf sein Verurteilungsrecht verzichten. Er hatte sich aber, als er das Vorgehen des Militärs für ungeschicklich erklärte, doch auf die Berichte der Militärbehörde gestützt! Das Verhalten des Reichskanzlers war die erste praktische Probe auf die feudale Herrnmoral, die ihm Herr Nöbling empfahl, nicht nach der Gerechtigkeit, sondern nach dem politischen Notwendigen zu handeln. Der Reichskanzler ist ein Anfänger in dieser Moral. Aber wir sind der Ansicht, daß die Gerechtigkeit das Notwendigste ist. Gibt der Reichskanzler diesen Grundsatz preis, so wird Willkür und Auflösung der Staatsgewalt die Folge sein. Der Reichskanzler macht aber einen Anz nach der Mitte hin, wo die schwankenden Gestalten sind. (Große Heiterkeit.) Deshalb teilt er mit, der Kaiser werde die Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs nachprüfen lassen. Dagegen erheben die konservativen S itungen ein großes Gekoh; der Vater dieser Nachprüfungsprobe ist der bekannte Jakobiner, der Freiherr von Redlich. Bei solchen Nachprüfungen kommt recht wenig heraus. Das sehen wir ja bei den Antworten des Bundesrats auf die Resolution des Reichstages vom vorigen Jahre. Kriegsgerichte fällen gar keine richtigen Urteile in Konfliktfällen, weil Kameraden über Kameraden in eigener Sache urteilen. Das Urteil beweist allein die Allmacht der Militärverwaltung, und wir verlangen daher die

**Absetzung der Militärgerichtsbarkeit.**

Es gibt kaum einen juristischen Begriff, der klarer formuliert ist wie der der Rotwehr. Der Oberst v. Reuter hat sich die Kabinetsorder von 1820 berufen. Der Wehrbeitrag ist unter Hinweis auf die Opferwilligkeit der Kämpfer von 1813 erhoben worden. Sie haben Recht vor den Taten jener Männer, haben aber nicht daran erinnert, wie das Volk später gedankt worden ist. Die Order von 1820 ist das Seitenstück zu der Order, die die Universitäten und Studenten innehat. Man hat sich damals geschämt, diese Order zu veröffentlichen. Sie ist seitdem durch Artikel 36 der Verfassung und das ergänzende Gesetz zu dem Belagerungszustand. Als dies Gesetz raten wurde, hat kein Mensch erwidert, daß diese Order von 1820 noch best-kräftig habe. Somit wäre ja Komodie gespielt und das damalige Abgeordnetenhaus beleidigt worden. Gibt es vielleicht noch mehr solche Geheimordere? Es ist besänftend, daß in der Zeit der Jahrhundertfeier wir uns im Reichstage über die Frage unterhalten müssen, ob die Kabinetsorder aus der Zeit von Deutschland's tiefer Erniedrigung noch gültig ist. Das ist das Gegenstand der Regierung! Die elsah-lothringische Regierung hat erklärt, daß die Order für Elsah-Lothringen keine Gültigkeit habe. Ähnliche Erklärungen hat die württembergische Regierung abgegeben. Es scheint sich hier wieder eine preußische Eigenart auszubilden. Nach der Theorie des Prof. Laband und des Gerichts würde in Elsah-Lothringen das verfassungsmäßige Recht gelten je nach dem, welche Kontingentsgruppen in Betracht kommen. Wie kann man von inneren Unruhen reden bei den Vorgängen in Zabern? Voraussetzung für die Anwendung wäre aber, daß die Zivilbehörden zu lange geögert haben. Die Regierung und die Zivilbehörden vernennen das aber. Warum hat sich Oberst Reuter nicht nach Straßburg gewandt, wenn die Ortsverwaltung versagte? Aber er wollte es um Konflikt kommen lassen und hat daher den Koblenzler zwei Tage vorher ausgeräumt. Dasselbe Gericht nimmt an, daß Reuter an sein Recht geglaubt hat. Dem steht gegenüber, daß er über die Rechtsfrage belehrt worden ist. In dem Urteil des Gerichts über die sozialdemokratischen Abgeordneten aus Anlaß der Aenderung der Geschäftsordnung hieß es anders. Oberst Reuter nimmt es als Recht in Anspruch, einen Bürger Lump zu nennen, einen anderen Franzosenfopp, derselbe Oberst, der sich über die Beleidigungen von Offizieren entsetzt. Er hat die Zivilgeugen direkt des Meineides und der Verletzung der Pflicht bezichtigt. Diese Freisprechungen sind zustande gekommen durch eine planmäßige Hebe gegen Recht und Gesetz von Seiten der Konservativen und der Kamarrilla. An die Spitze des Feldzuges stellte sich der

**Polizeipräsident von Jagow.**

der jede Bewegung eines Leutnants für einen Akt der Staatsgewalt erklärte. Der Leutnant kann nach ihm nicht unrecht tun und er beruft sich dabei auf Geheide, die nicht existieren. Der Reichskanzler hat ausgedröhrt, daß Ungehelichkeiten vorgefallen seien. Gleichwohl kam Herr von Jagow zu seinem abfälligen Urteil. Herr von Dallwitz hat es abgelehnt, mitzuteilen, welche Strafe er für seine Disziplinwidrigkeiten erhalten hat. Er wird wohl dazu verurteilt worden sein, alle Akte der Staatshoheit mitzumachen, von einem Staatsdiner sich zu einem anderen schleppen zu lassen und dabei wird er wohl eine gute Konstitution schäben lernen. Er ist der gegebene Diktator für Elsah-Lothringen, ja für das Reich, er ist, wie ein österreichischer Jurist sich ausgedrückt hat, zu nichts und zu allem fähig. (Große Heiterkeit.) Die konservative Opposition stellte sich unter das

**Protokoll der Kronprinzen.**

der an den Obersten Reuter und den General v. Deimling telegraphiert hat. Von diesen Redereien gilt das, was der Reichskanzler mit Unrecht von Beschlüssen des Reichstages gesagt hat: Sie sind staatsrechtlich ohne Bedeutung, aber politisch unheilvoll und unerträglich. Durch diese Kundgebungen werden tausende von Deutschen aus ihrer Gleichgültigkeit aufgeweckt. Sie sagen sich, wenn er mit den Vergehern der Verfassung und Staatsrecht-Lüsternen in intimer Freundschaft steht, so ist es Zeit, daß das deutsche Volk selber seine Geschichte in die Hand nimmt.

(Große Bewegung, die auch den Reichskanzler ergreift. Der Präsident kämpft erlucht, solche Ausdrücke zu unterlassen und sich zu nähigen.)

Der Redner fährt fort: Bei dieser Gelegenheit muß auch erinnert werden an den Regimentsbefehl des Kronprinzen, wo die Geschichte vom gebrochene Herzen vorkommt. (Große Heiterkeit.) Der Kronprinz hat in diesem Regimentsbefehl auch die Hoffnung ausgedröhrt, daß es ihm vergnügt sein möge und daß er es für das größte Glück ansehen werde, an der Spitze seiner Soldaten in den Kampf ziehen zu können. (Stürmische Unterbrechungen rechts und großer Lärm auf der Rechten. Präsident kämpft: Ich bitte Sie, aber keine Beleidigung gegen den Kronprinzen auszusprechen.) Ich kann mir nicht denken, daß ich den deutschen Kronprinz beleidige, wenn ich ihn hier zitiere. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich will

nur feststellen, daß der deutsche Kronprinz es als das höchste Soldatenglück bezeichnet, an der Spitze seiner Schwadron oder seines Regiments in die Schlacht zu reiten. Für den größten Teil des deutschen Volkes wäre das das größte Unglück. (Lebhafter Zustimmung links.) Am 8. Januar ist in der Thronrede festgestellt worden, daß erfreulicherweise der Weltfrieden erhalten worden sei und in der gleichen Zeit fast kommt der künftige deutsche Kaiser und schwärmt vom höchsten Glück, in die Schlacht ziehen zu können. (Sehr richtig links.) Gleichzeitig wurde im Herrenhaus und im Abgeordnetenhaus vom Leber gezogen. Dort wurde gezogen gegen die elsah-lothringische Verfassung, gegen die Reichsbesitzsteuer, gegen die Reform des preussischen Wahlrechts. Es wurde demonstriert für die Aufrechterhaltung der konservativen Klassenherrschaft. Man drückt das nur so aus, daß man für die Kommandogewalt des Kaisers kämpfen will. So heißt es immer, wenn die eigenen Interessen auf dem Spiel stehen. War etwa die Proklamtion des Herrn von Bethmann vom 6. November 1908 auch für die Kommandogewalt erlassen? Da war selbst von Unzufriedenheit im Offizierskorps die Rede. Die Vollenbung dieser Aktion im preussischen Landtag hat der Preusentag gebracht. Sie haben im Abgeordnetenhaus getagt, werden aber wohl keine Gelegenheit wieder dazu haben. Ein Kommissionzimmer wird genügen und ich schlage vor, ihnen das Kommissionzimmer des Reichstages einzuräumen, wo die elsah-lothringische Verfassung beraten wurde. Dort hängt ein Bild des Freiherrn von Stein mit der Unterschrift: Ich habe nur ein Vaterland, das deutsche, und dem gehöre ich ganz. (Beifall.) Der

**Preußenbund**

hat gleich so große Ungezogenheit gezeigt, daß er als Ergießer kaum noch Erfolge haben wird. Fast die gleichen Angriffe mit denselben Reichstimpfungen sind in den fünfziger Jahren gegen das preussische Abgeordnetenhaus erhoben worden. Hätten nicht die anwesenden konservativen Abgeordneten die Herren, die in der Versammlung des Preußenbundes den Reichstag der Annahmung geze und den Reichstag beschimpften, belehnen sollen, daß für einen Teil der Militärtruppen auch die Konservativen geschimpft haben? Zu diesen Angriffen kamen Angriffe gegen die Süddeutschen. So ging es wohl auch dem Abgeordneten von Galkler, als von dem Weingeist die Rede war. Wegen des Trinfens haben wir uns aber alle nichts vorzuwerfen, der Süddeutsche mit dem Wein, der Bayer mit dem Bier, der Preus mit dem Schnaps. (Heiterkeit.) Ueber die Angriffe des Generals von Krauch auf Bayern wird wohl von berufener Seite ein Wort zur Verteidigung der Armeegefagt werden. Aber seinen Worten, daß „wenn die Preußen kommen, kriegen sie alle Courage“, läßt sich das andere gegenüberstellen, daß, wenn die Bayern kommen, viele die Courage verlieren. (Große Heiterkeit.) Es ist aber bezeichnend, daß der Preußenbund unter dem Vorsitz eines Mannes tagte, der gesagt hat, daß, wer das Geld habe, auch die Ueberzeugung hat. Das wird nun der Herr Reichskanzler tun, um die Ueberzeugung der Zaberner Vorgänge zu verhüten? Die Verleihung eines Ordens an Reuter hat jedenfalls nicht beruhigend gewirkt. Das hätte der Reichskanzler jedenfalls verhindern müssen. Er hat im Abgeordnetenhaus von schlaflosen Nächten gesprochen, und wir fürchten, daß er das, was er nachts versäumte, am Tage nachholte und nicht sieht, was vorgeht. (Große Heiterkeit.) Was Herr v. Bethmann gegen Elsah-Lothringen gesprochen hat, gilt auch für den Reichskanzler. Wenn es so weiter geht, wird er bald allein stehen, wie König Lear, und ich fürchte auch, Kordehla-Bafermann wird ihm nicht helfen können. (Heiterkeit.) Die Konservativen haben längst nicht mehr wirtschaftlich und politisch ihre Bedeutung, wenn das Bürgerium sie ihnen nicht einräumt. Diese Herrschaften sind merkwürdig. (Lebhafter Zurufe rechts.) Sie beweisen das durch ihre Jurufe. Präsident kämpft erlucht den Redner, zur Interpellation zu sprechen.) Die Konservativen sind unglücklich, sie sind sich sogar über ihre besten Männer uneinig. Herr v. Odenburg hat erklärt, daß seine Freunde nicht rückwärts genug aufzutreten sind. Um so einiger soll das Bürgerium sein. Aber es schreit vor ersten Kämpfen zurück, weil es noch nicht vernessen hat, daß es vor 50 Jahren eine Niederlage erlitten hat. Aber auch wenn ein Bismarck da wäre, könnte er die

**Entwicklung nicht rückwärts**

lenken. (Der Präsident ruft den Redner zur Sache.) In der Interpellation handelt es sich darum, Verfassungsrechte zu schaffen. Und in dem früheren Konflikt hat es sich um das Gleiche gehandelt, und ich habe das Recht, daran zu erinnern, warum das Bürgerium damals unterlegen ist und jetzt siegen muß, wenn es will. Der parlamentarische Kampf muß getragen sein von dem Willen einer großen Volksmehrheit, und die ist da. Viele Millionen Arbeiter, Kaufleute, Industrielle und Beamte empfinden die jetzigen Zustände mit brennender Scham. Wir erwarten von ihnen keine revolutionäre Sprache, wir erwarten nur den Mut, die Rechte anzunehmen, die sie besitzen. Sie brauchen nur den Willen zum Sieg zu zeigen. Wir holen uns unser Recht und unsere Kraft aus der Gegenwart, nicht aus dem Schutt der Vergangenheit. Hinter uns stehen Millionen, wir sind die wahren Schmiebe der Zukunft.

Nachdem der Abg. Frank (Mannheim) unter dem lebhaften Beifall seiner Freunde die Begründung der sozialdemokratischen Interpellation damit beendet hat, daß er aufforderte, jetzt endlich die verfassungsmäßigen Garantien zu schaffen, erhebt sich sofort der

**Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg**

und erklärt in großer Erregung: Ich bin gezwungen, sofort das Wort zu nehmen, durch die Worte, die der Herr Vordredner mit Bezug auf den deutschen Kronprinzen gebraucht hat. Diese Worte atmen den ganzen Haß, mit dem Sie erfüllt sind. (Stürmischer Beifall rechts und große lärmende Unterbrebung bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte atmen den ganzen Haß, mit dem Sie erfüllt sind gegen jeden soldatischen Geist. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Herr Vordredner hat behauptet, daß der deutsche Kronprinz in intimer Freundschaft mit Verächtern der Verfassung und mit Staatsfeindlichkeiten stehe. (Lebhafter Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das ist der Fall!) Der Reichskanzler mit erhobener Stimme fortfahren: Das ist ein so unerhörtes Vorwurf, daß ich ihn mit der allergrößten Entschiedenheit zurückweise. (Lebhafter Beifall rechts und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Dr. v. Lütz (F. Pp.) führt zur Begründung der fortschrittlichen Interpellation aus: Wir haben keinen Anlaß, von unseren Ausführungen bei der ersten Zabern-Debatte etwas zurückzunehmen. Die durch lächerliche Beringsfügigkeiten hervorgerufenen Zustände hätten durch rechtzeitiges Eingreifen beseitigt werden können. Charakteristisch ist die Haltung der beiden elsässischen Kammern. Die Angriffe des Herrenhauses auf den Reichstag hat der Präsident mit würdigen Worten zurückgewiesen. Ebenso bedauerlich sind die Kundgebungen des Preusentages, der wieder die Mainlinie gezogen hat, der einen Gegensatz hervorrief zwischen dem deutschen Norden und dem Süden, der die Erinnerungen an den großen Krieg vergrößerte und vergrößerte. Das alles sind die Folgen von Zabern. Der größte Fehler ist, daß der Reichsherr auf die Rechtsmittel verzichtet hat; das Volk verzichtet nicht, weshalb nicht die Entscheidung des Reichsmilitärgerichts angerufen worden ist, schon zu der Frage, ob die Kabinetsorder von 1820 gültig ist. Wenn militärische Vorgehens mit Zivilpersonen zu tun haben, so gelten nicht die militärischen Dienstvorschriften, sondern das in den betreffenden Orten geltende Recht, also für Elsah-Lothringen das Reichsrecht bezug. das Reichsstrafrecht. In den Kreisen unserer Offiziere ist leider die Ansicht verbreitet, daß für sie andere Vorschriften gelten als

für Zivilpersonen. Soweit nicht besondere Gesetze und Bestimmungen bestehen, hat das Militär das Recht, ohne Aufforderung der Zivilverwaltung selbständig einzugreifen, wenn es sich um die Unterdrückung von Unruhen handelt. Es wird auch dem Obersten von Reuter recht schwer geworden sein, die alte Kabinettsordre auszugraben. Auch wenn diese Kabinettsordre noch gültig ist, so hat Oberster von Reuter doch geschicklich gehandelt. Der Kabinettsordre lagen bei ihrem Erlaß ganz andere Motive zu Grunde. Es handelt sich bei den in Rede stehenden Vorgängen um eine Reihe von Gesekwidrigkeiten. Das sind unerträgliche Zustände. (Sehr richtig!) Das Ansehen der Zivilbehörden in Elsaß-Lothringen hat zweifellos nicht zugenommen. (Sehr richtig!) Bei der Angliederung Elsaß-Lothringens an Deutschland hat man den Fehler gemacht, daß man es nicht einem anderen Bundesstaat einberleibte oder einen selbständigen Bundesstaat daraus machte. Wir haben nun einen Gesekentwurf eingebracht, der die Grenze zwischen den Befugnissen der Militär- und Zivilgewalt festlegen will. Wir wollen, daß unser Heer ein Volksherr werde im wahren Sinne des Wortes. Dem Preuhentag spreche ich das Recht ab, Vertreter preuhischen Geistes zu sein. Die Einigkeit zwischen Nord und Süd, zwischen Militär und Zivil wieder herzustellen, daß ist der Zweck unseres Antrages und unserer Interpellation. (Lebhafter Beifall bei den Fortschritt.)

Es folgte nun die Rede des Reichszanlers von Bethmann Hollweg und die Ausführungen der Abg. Lehrenbach (Zent.), Bassermann (natl.), Graf Westarp (kons.), Schulz (Reichsp.), Herzog (wirtsch. Vereinig.), Dr. Raumann (fortschr. Sp.) und Ledebour (Soz.) Wegen Raummangels können wir über den Schluß der Sitzung erst am Montag berichten.

### Badische Politik.

#### Ueber die badische Finanzpolitik

Schreibt dem „Karlsruher Tageblatt“ einer seiner Mitarbeiter:

„Ein gesunder Kern steht nun ja in der Begrenzung der Ausgaben. Aber zu weit darf das nicht gehen; die Ueberpannung jedes berechtigten Prinzips schlägt ins Gegenteil um. Mindestens soviel ist sicher, daß die Ausgaben sich nicht lediglich nach den Einnahmen, sondern vielmehr nach dringlichen öffentlichen Bedürfnissen und Kulturaufgaben richten müssen, und daß der Staat alles tun muß, was die geistige, moralische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volkes in allen seinen Schichten auf den möglichsten Höchststand zu bringen geeignet ist. Die Frage ist also nicht: was geschieht? — wie die Badenberger in seiner Großherzog-Jubiläumsschrift formuliert hat —, sondern was mußte geschehen seitens des Staates, zur Verhütung eines latenten Defizits an geistiger, moralischer, wirtschaftlicher und damit auch steuerlicher Volkskraft? Und wenn in diesem Sinne der Staat die laufenden Einnahmen entlastet, indem er solche außerordentlichen Ausgaben, die nicht periodisch wiederkehren — z. B. Bauten, die kaum alle zwei Menschenalter wiederkehren — auf Anleihen mit bestimmter Tilgungsfrist nimmt, so ist das eine wohlwollende gute Finanzpolitik, und ihr Gegenteil mit rechten Worten eine „solide Wirtschaftsführung“, wie die offizielle badische Finanzweisheit verkündet. Denn diese „solide Wirtschaftsführung“ verhindert nicht, daß es an allen Ecken und Enden fehlt. Wenn die laufenden Einnahmen auch für das herhalten müssen, was nachfolgenden Generationen genau so zugute kommt wie uns, so wird die Rede für die leberde Generation zu kurz; zu vieles gerät daran. Anleihenpolitik heißt hier große Ausgaben durch Verzinsung und Amortisation auf einen längeren Zeitraum verteilen und mehr laufende Staatseinnahmen flüssig machen für Kulturaufgaben, deren glückliche Lösung letzten Endes wieder der Staatskasse infolge verstärkter Steuerkraft des Landes Mehreinnahmen schafft.“

Diese Gesichtspunkte hat nicht nur der Eisenbahnreformer Professor Höpfling, jetzt ein stiller Mann geworden, verfochten, noch mehr haben es getan die Oberbürgermeister Ved. Mannheim und W. Interes. Freiheit in der Ersten Kammer. Eine Folge hat ihr Kampf nicht gehabt. Baden „macht“, abgesehen vom Murg-Weel, „nur“ für die Eisenbahnen „Schulden“.

Die Spannung im Budget hält darum auch an, umso mehr, als die Finanzleitung den eisernen Bestand des umlaufenden Betriebsfonds der allgemeinen Staatsverwaltung von 18 auf 16 Millionen Mark erhöhen und außerdem in demselben eine Spezialreserve von 8 Millionen Mark zurückhalten, ferner den rechnerischen Ausgleichsfonds bei der Eisenbahnschuldentilgungskasse von 21 auf 30 Millionen Mark erhöhen will. Dabei verfügt der Hauptreservefonds der Staatsverwaltung, die Amortisationskasse, über 14,9 Millionen, der Domänengrundstock über 3,7 Millionen Mark. Die laufenden Einnahmen des ordentlichen Etats bedürfen zur Deckung des außerordentlichen Etats eines Zuschusses von 5 Millionen Mark aus dem umlaufenden 28 Millionen enthaltenden Betriebsfonds.

Unterdessen leiden Kulturaufgaben groß und klein. Das Land bedürfte u. a. größerer Zuschüsse an die Kreise; verfeinert, d. h. vermehrter Fortschritt zur rationalen Fortschritt; größerer Zuschüsse an die Gemeindegemeinden zur Vergrößerung der Volksschulhäuser und Verkleinerung der Schulklassen sowie zur Einrichtung der gesetzlich notwendigen Hauptlehrstellen. Die Hochschulen bedürfen des Ausbaues der Kliniken, die Mittelschulen bedürfen genügenden Bezahlung der Lehramtskandidaten. Da wären wir schon am Gehaltstarif der Staatsbeamten, dessen Reformbedürftigkeit von der Regierung anerkannt wurde. Es sind da vor allem Gärten und Ungerechtigkeiten, unter denen die mittleren und unteren Beamten leiden, zu beseitigen, das Los der Eisenbahner und Staatsarbeiter zu verbessern. Und dann erhebt sich immer dringlicher die gerechte Forderung der gleichberechtigten Gleichstellung der Volksschullehrer mit den an Vorbildung gleichwertenden Staatsbeamten unter Würdigung der Bedeutung des Lehrberufes.

Und an diese Fragen kann der Finanzminister, wie er selbst erklärt hat, nur herantreten mit den Mitteln einer erneuter Steuererhöhung. Wo doch Baden mit der Höhe seiner direkten Steuerlaste ohnehin mit an der Spitze der deutschen Staaten marschiert! Dabei rütteln die Grund- und Hausbesitzer an der Vermögenssteuer mit ihrem Einschätzungsverfahren und ihrer Schuldenversteuerung, und bei der Einkommensteuer soll die Freiengrenze von 900 auf 1200 Mark hinaufgeschoben werden, wenn es nach den Wünschen der Kleinsten unter den Meinen im Einkommen geht. Dazu noch das ewig drohende Damoklesschwert der Reichsfinanzlage, die sich schon bedenklich in die einzelstaatlichen Budgets hineingewirft hat. Siehe Matrifularbeiträge (= Reichsumlagen) und Vermögenswachstumssteuer, was die nächsten 3 Jahre der Wehrbeitrag als nicht geringe Belastung kommt.

Man sollte nun meinen, wenn es so steht, und die Finanzverwaltung nicht zur Anleihenpolitik übergehen will, so mußte sie schon längst sparen, wo es in die Millionen geht, statt da, wo einige tausend Marklein herauszubringen; an den in Baden üblichen pompösen und luxuriösen Staatsbauten, Bahnhofsplätzen. Und man sollte meinen, die Regierung sollte in der Eisenbahnfrage endlich einmal vorankommen.“

Das sind im wesentlichen die Gesichtspunkte, von welchen Genosse Kolb bei der Kritik der badischen Finanzpolitik in seiner Entrede ausgegangen ist. Würde diese ebenso bequeme als kurzfristige Finanzpolitik auch von den Städten praktiziert werden, so würde der badische Staat heute tief im Kultur-

bankrott stehen. Die Städte sind für den Staat die Hennen, die ihm die goldenen Eier legen, aber nur dank ihrer weislichen großzügigen Finanzpolitik.

**Beleidigungsklage gegen die „Neue Waldshuter Zeitung“**

hat Genosse Schwall, der Gauleiter des Südd. Eisenbahnerverbandes, eingereicht. Er hielt am 11. Januar in Waldshut eine vom Südd. Eisenbahnerverband einberufene Versammlung mit dem Thema „Die Wahl zur Betriebskrankenkasse“ ab. Auch Gen. Abg. Kösch war anwesend. Die „Neue Waldshuter Zeitung“ brachte über die Versammlung einen völlig entstellten Bericht, sprach vom „großmäuligen Herrn Schwall“ und griff den Südd. Eisenbahnerverband in unerhöhrter Weise an. Deswegen ist Klage eingereicht worden.

#### Geburtenrückgang und Geistlichkeit.

Wie die katholische, so agitiert auch die protestantische Geistlichkeit für möglichst großen Kinderertrag. Um einem nicht mehr sehr zahlreichen, sondern geradezu brüllenden Bedürfnis abzuhelfen, erscheint in Gröningen (Amt Durlach) seit einem Jahre ein „Evangelischer Gemeindevote“ (Herausgeber Pfarrer Hofbeinz in Gröningen), erscheint monatlich und wird den Bestellern unentgeltlich ins Haus gebracht, wie es im Titel heißt. Darnach Wat, darnach Geld! Die Jahresnummer bringt nun folgende bemerkenswerte Statistik aus dem Jahre 1913:

Im Jahre 1913 wurden 94 Kinder getauft, 28 Paare getraut, 97 Kinder konfirmiert und 55 Personen — 31 Erwachsene und 24 Kinder — beerdigt. Abendmahlsgänger waren 1137. Wie im Vorjahre fällt auch diesmal wieder der Rückgang der Sterblichkeitsziffer namentlich unter den Kindern auf. Freilich bleibt auch die Zahl der Geburten hinter früheren Jahren zurück. Es waren z. B. 1908, also vor 10 Jahren, 128 Geburten und 1893, vor 20 Jahren, 126 und die Gemeinde war damals um etliche 100 Seelen kleiner. Wie bekannt, handelt es sich hier um eine allgemeine sehr ernste Erscheinung in unserem Volksleben, die in der nächsten Zeit die Geistlichkeit in Staat und Kirche nach viel beschäftigen wird.

Das Selbige nun ist, so schreibt man uns, daß sich an dieser „allgemeinen, sehr ernsten Erscheinung“ auch der Herausgeber des Blättchens beteiligt, denn er hält selbst an dem Zweifelhafteiten fest und das ist einer, der über ein drei- oder vierfaches Arbeiterertrömmen verfügt. Ueber diese gewiß „sehr ernste Erscheinung“ wird sich die heutige Generation schon aufklären lassen. Die Steuererschraubung dafür. Vor 20 Jahren: mehr Geburten, weniger Steuern, billigere Lebensmittel. Nehmen wir ein Haushaltungsbuch zur Hand, so sehen wir auf den ersten Blick wie die Lebensmittel in die Höhe gegangen sind. Vor 20 Jahren kostete das Brotmehl 11 Pfg. das Pfd., jetzt 16—17 Pfg., Fleisch 56 Pfg. das Pfd., jetzt 96—100 Pfg., Jünderbrot das Pfd. 10 Pfg., jetzt 30 Pfg., Milch 12 Pfg. das Liter, jetzt 20—21 Pfg. und dergleichen mehr. Die direkte Steuer ist rapid in die Höhe geschwollen und der Metzger, der Bäcker, der Spezereihändler, der Steuerentnehmer, die Kirche fragen nichts darnach, wieviel Kinder ein Familienvater hat, sondern es heißt einfach: Meine Forderung macht so und so viel und wenn nicht bezahlt wird, kommt der Gerichtsvollzieher und hebt ein Bildchen an Deine Habe.

Die Geistlichen beider Konfessionen die heute meist der Reaktion Vorwand dienen leisten, sollten mehr die soziale Seite des Evangeliums betonen und rückhaltlos für eine Besserung der Lage des arbeitenden Volkes und für die schnellstmögliche Beseitigung unserer heutigen ungerechten Gesellschaftsordnung eintreten, dann verschwindet die oben beklagte „sehr ernste Erscheinung“ von selbst.

### Der Wah'kampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

#### Achtung! Der schwarze Klingelbeutel geht um.

Das Zentrum unternimmt gegenwärtig eine Sammlung für seinen Wahlfonds und gehen die Sammler fast in jedes Haus, wo man glaubt, daß Parteifreunde wohnen. Da passierte es einem solchen Sammler, einem Briefträger, daß er an die falsche Adresse kam. Der betreffende Mann war aber nicht zu Hause nur seine Haushälterin. Der Sammler trug nun seine Bitte vor. Darauf sagte die Frau: „Der Mann wohnt ja gar nicht Zentrum!“ Darauf meinte der Sammler, doch, er wisse es ganz genau; sie könne ihm ruhig etwas geben. Nachdem auch dies kein Erfolg hatte, wurde ihm bedeutet, er solle kommen wenn der Mann da sei. Es kommt also auch beim Zentrum vor, daß man an die falsche Adresse kommt. Neulich machte sich die „Off. Zta.“ über einen ähnlichen Fall lustig, der einem liberalen Vertrauensmann passiert sei. Also nur nicht so breitbrütig verehrte schwarze Tante. Im übrigen muß es nicht so allabendlich um die Zentrumswahlkassen bestellt sein. Das Volk das der Politik dieser Partei die unehrenbere Belastung seiner Lebenshaltung verdankt, wird dieselbe nicht auch noch finanziell unterstützen wollen. Die „Off. Zta.“ ist daher auf den neutralen Gedanken gekommen, bei einer eventuellen Landtagswahl die Stadt Offenbura für die Kosten hoffbar zu machen, weil die Volkerräume nicht im vorfortschrittmäßigen Stande waren. Man sieht, die Schwarzen kommen auf alles.

#### Schwarze Kampfesweise.

Wie niedrig die Kampfesweise der schwarzen Presse ist, davon kann man sich im gegenwärtigen Wahlkampf fast täglich überzeugen, wenn man die „Offenb. Zta.“ liest. Von edler Waldmichelmanier zeugt auch eine Auslassung über unsere Wahlversammlung in Zellriedle darin wird gesagt:

„Herr Redakteur Geiler, der sprach, hätte besser getan, seinen Gefinnungsasienoffen einen „Stollen“ von der Millionenbinterloffenheit des Führers Bebel mitzubringen oder in Aussicht zu stellen. Wenn die Führer einmal „etwas haben“, ist das Wort Kommunismus (gemeinsamer Besitz, Freimut), ein leerer Schall. Der Millionenbinterloffenheit Bebel, der vor Zeiten als Drecksorgerelle die deutschen Lande durchschwanderte, ist auch nicht vom Dunsttrömmen oder anderen schlimmen Arbeiten in den Reihen ein Millionär geworden.“

Das „Offenb. Zta.“ meint hierzu: „Wirklich sein und barock.“

Dummheit, Verlogenheit und Frechheit in idealer Konkurrenz vereinigt!“

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben: Mit welcher unlauteren Mittel das Zentrum im gegenwärtigen Wahlkampf arbeitet, dafür liefert es täglich neue Beispiele. Gestern wurde ein vom Südwesl. Sekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften herausgegebenes Flugblatt verteilt. Man will jedenfalls mit diesem von Unwahrheiten und Fälschungen strotzenden Blättchen die bei der Reichstagswahl machen. Aber die denkende Arbeiterchaft weiß, was sie von dem schwarzen Maulheldentum zu halten hat. Die Schamrötte müßte diese Leute übergehen, wenn sie noch ein Gewissen hätten. Diese Sorte Arbeiter, „Vertreter“, die innig mit der volksfeindlichen Zentrumspartei verknüpft sind, haben kein Recht sich „als wahre Vertreter der Arbeiterrechte“ zu nennen. Diese Zentrumsgewerkschaften, die man besser als Schutztruppen des Unternehmertums bezeichnen könnte, sind nur zu oft den um Besserstellung der Arbeiter kämpfenden freien Gewerkschaften in den Rücken gefallen. Lange bevor diese Maulhelden daran dachten, die Arbeiter zu zersplittern, haben die freien Gewerkschaften in ihren Organisationen die Rechte der Arbeiter mutig und entschlossen verteidigt. Ehrliche Gegner haben dies auch unumwunden zugegeben. Es ist das Verdienst der auch in diesem Flugblatt vielverleumdenden Sozialdemokratie zu erheben die Anregungen gegeben zu haben, die wirkliche Verbesserung für die Hebung der Arbeiterklasse brachten. Ihret unermüdeten Kritik an allem Unrecht verdankt die Arbeiterchaft ihre kümmerlichen Rechte, die sie in jahrelangem Kampfe errungen hat. Selbst der schärfste Gegner der Sozialdemokratie Herr Wismarck mußte einst im Reichstage sagen: „Wenn wir keine Sozialdemokratie hätten, es nicht Leute gebe, die sich vor ihr fürchten, so hätten wir auch das bishigen Sozialgesetzgebung das wir jetzt haben, nicht.“ Es gibt noch viele solcher Ansprüche selbst von Zentrumseite.

Die Arbeiterchaft muß deshalb die Augen offen halten, und die schwarzen Volksbeutler mit ihren Schwindel manövern und Taten an den Branger stellen. Der denkende Arbeiter wird deshalb auch bei der jetzigen Reichstagswahl seine Stimme nur dem sozialdemokratischen Kandidaten Franz Geiler geben.

### Kommunalpolitik.

\* Bau einer Leidenhalle in Forzheim. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Bürgerausschuß eine Vorlage wegen Erstellung einer Leidenhalle zu machen.

\* Das Kaufmanns- und Gewerbegericht in Forzheim. Das Kaufmannsgericht Forzheim hatte im vorigen Jahre 58 Streitfälle erledigt. Beim Gewerbegericht sind im Januar 1914 bereits 555 Klagen eingereicht worden. Das Gewerbegericht ist in Forzheim für 40 000 Arbeiter zuständig.

\* Von der künftigen Sparkasse in Schwenningen. Die Sparkasse hatte im Jahre 1912 eine Einnahme von 7 922 060,17 M. und eine Ausgabe von 7 909 982,99 M. Die Einnahmen betragen 4 047 060,98 M. Das Reinertrömmen der Kasse 608 073,82 M. Das Guthaben der Einleger auf 8647 Sparbücher beträgt 13 327 504,37 M.

### Soziale Rundschau.

\* Hinein in die Volksfürsorge! Der Nutzen der Volksfürsorge ist aus folgendem Beispiel ersichtlich: Der Strafbahnschaffner W. in R. u. a. H. verlor sich bei der Volksfürsorge nach Tarif I (mit 15jähriger Prämienzahlung) und nach Tarif II (mit 10jähriger Prämienzahlung) mit je 1 M. Halbmögensprämie am 6. November 1913. Die Versicherung begann am 1. Dezember 1913. Die Versicherungsprämie wurden am 7. Dezember 1913 präsentiert und durch Zahlung von je zwei Halbmögensprämien mit zusammen 4 Mark eingelöst. Bereits am 14. Dezember erlitt der Versicherte einen Betriebsunfall, an dessen Folgen er am 17. Dezember 1913 starb. Umäß § 12 der Versicherungsbedingungen zahlte die Volksfürsorge an die Witwe des Verstorbenen die volle Versicherungssumme (abzüglich der restlichen Jahresprämie) mit insgesamt 626 Mark. Jeder vorstehende Familienvater, dem das Wohl der Seinen am Herzen liegt, sollte sich und seine Familie für ähnliche Vorkommnisse versichern. Ueber alle Einrichtungen geben die Prospekte der Volksfürsorge Auskunft. Wer für sich, seine Frau oder Kinder eine Versicherung abschließen will, wende sich an die von den Gewerkschaften bestimmten Vertrauenspersonen oder an die Rechnungsstelle der Volksfürsorge: Josef Krieg, Karlsruhe, Südbahnhof 22.

### Gewerkschaftliches.

\* Streit in der Blechwarenfabrik Kistler, Christen u. Cia. in Basel (Schweiz). Seit 10. Januar stehen 120 Arbeiter dieser Firma im Streik. Im November wurde ein neuer Betriebsleiter in der Fabrik eingestellt. Zuerst verurteilte er es mit der Unterdrückung der Organisation, was ihm allerdings nicht gelang, dann unternahm er Vorhänge zur Reduktion der Arbeitspreise und schließlich präferierte er unter Bruch eines Arbeitsvertrages, der noch bis 1918 gelten sollte, eine neue Fabrikordnung, die alle Errungenschaften der Organisation in den letzten 20 Jahren über den Haufen warf. Statt des Reunfundenentages, der seit 1907 bestand, sollten wieder 10 Stunden gearbeitet werden, ferner war eine Erhöhung des Standgeldes von 2 auf 5 Tagelöhne, Verringerung des Jahltages, einseitige Festsetzung der Arbeitspreise, Entlassung bei Arbeitsverweigerung vorgesehen. In einer Reihe von Ordnungsartikeln kommt die ganze Mißachtung gegenüber den Arbeitern zum Ausdruck. Auf den Einpruch der Arbeiter erfolgten 14 Mahregelungen, worauf die Gesamtarbeiterchaft kündigte. Wir appellieren an die Solidarität der deutschen Gewerkschaften und bitten sie, uns in dem aufgewungenen Kampfe dadurch kräftig zu unterstützen, daß sie allen Zugang fernhalten Zentralverband des Schweiz. Metallarbeiterverbandes Bern (Schweiz).

verleiht ein fröhliches, jugendliches Aussehen und ein zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte

# Frauen-Schönheit

die beste Lillienmilchschleife v. Bergmann & Co., Reichel-Str. 11, Berlin. Überall zu haben. Ferner macht der Lillienmilch-Cream „Dada“ rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß und zart. Preis 1/2 M. Tube 50 C.

Aus dem Lande.

Baden-Baden.

Bürgerauschussung. (Unlesbar verspätet.) Wie bereits mitgeteilt, hatte die letzte Bürgerauschussung mehrere wichtige Punkte auf der Tagesordnung, so die Erbauung eines neuen Krankenhauses, die Erbauung eines neuen Schulhauses für den Stadtteil Lichtental und die Erbauung eines neuen Wald-Cafés im Merkurwald. In seiner Eröffnungsrede ging der Herr Oberbürgermeister auf all die angeführten Punkte ein und betonte, daß es wohl jeder mit Freude begrüßen werde, daß die so wichtigen Projekte ihrer Verwirklichung näher kommen. Allerdings, führte er aus, misst sich ein Tropfen Wein in die Freude, denn die Ausführung dieser Projekte beanspruchen sehr große Kapitalien, sodaß es nötig wird, die Umlagen, wenn auch in sehr mäßigen Grenzen, zu erhöhen, sodaß Baden-Baden immer noch den niedrigsten Umlagesatz unter den badischen Städteordnungsstädten haben wird. In der Aussprache über die Erbauung des neuen Krankenhauses sprachen der Vertreter der Bürgervereinigung und auch der Vertreter der Liberalen ihre Freude über das wohlgeplante Projekt aus. Auch unsere Fraktion sprach ihre Befriedigung über das wohlgeplante Projekt aus. Unser Redner betonte jedoch, daß wir es lieber gesehen hätten, wenn die Reigenhalle einen anderen Platz bekommen hätte und eventuell noch ein anderer Zugang über den großen Dollen geschaffen würde. Weiter äußerte unser Redner den Wunsch, daß im neuen Krankenhaus auch nach der Naturheilmethode behandelt werden möge. Auch bezeichnete er die Erhöhung der Verpflegungsgelder von 2,00 Mk. auf 3,00 Mk. als eine große Belastung der Krankenkassen; es sei nicht ausgeschlossen, daß die Krankenkassen dadurch gezwungen seien, sich andere Krankenhäuser zu sichern. Ferner wurde von unserer Seite bemängelt, daß nur ein Krankenschwester angestellt werden solle, da es doch zweckmäßig sei, mindestens für jedes Stodwert einen solchen anzustellen. Der Redner der fortschrittlichen Volkspartei ging ebenfalls des näheren auf das Krankenhausprojekt ein und betonte, daß der Verpflegungssatz für die erste Klasse mit 9,50 Mk. viel zu niedrig gestellt sei, da die Kranken bei einem so billigen Verpflegungssatz im Krankenhaus viel billiger wohnen als im Sanatorium oder Hotel. Weiter bezweifelte er die Rentabilität der 1. Klasse bei Anstellung von zwei Oberärzten. Auch äußerte er den Wunsch, die Privatärzte zur Behandlung in der 1. und 2. Klasse im Krankenhaus zuzulassen. Ein weiterer Redner, ein Arzt, sprach ebenfalls seine Befriedigung über das zu erbauende Krankenhaus aus und betonte, daß auch die Verpflegungssätze der ersten Klasse zu niedrig fänden, da andere Städte 15-20 Mk. für die 1. Klasse verlangen. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß der Stadtrat mit dem Ergebnis der Beratung zufrieden sein könne und sprach den Rednern den Dank aus für ihre interessanten Anregungen und versprach, daß der Stadtrat dieselben wohlwollend prüfen werde. Der Redner des Stadt. Krankenhauses, der hierauf sprach, führte aus, daß man in Berlin von der Radiumbehandlung abgesehen sei und daß der Verpflegungssatz von 9,50 Mk. nicht zu niedrig sei, da für diese Klasse wohl hauptsächlich hiesige Steuerzahler in Betracht kämen. Auf die von unserer Seite beanstandeten zu hohen Verpflegungssätze in der 3. Klasse erwiderte er, daß in anderen Krankenhäusern, so in Offenburg, die Preise ebenso hoch seien. Die Abstimmung über den Krankenhausneubau ergab die einstimmige Annahme deselben. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich über den Antrag des Stadtrates betreffend die Errichtung eines neuen Wald-Cafés. Sämtliche Fraktionen waren in dieser Angelegenheit gespalten und es war ein langes Für und Wider, bis die Errichtung eines Wald-Cafés mit 54 gegen 37 Stimmen beschlossen wurde. Unsere Fraktion war in der Mehrheit der Ansicht, daß man, da die Stadt so große Ausgaben hat, noch etwas warten und nicht immerfort kommen soll, da zudem noch wichtigere Dinge ihrer Verwirklichung harren. (Schluß folgt.)

Offenburg.

Auf die Wählerversammlung, die heute Samstag abend in der Augustsburg, Offstadt, stattfindet, machen wir nochmals aufmerksam. Unsere Genossen mögen für guten Besuch agitieren. L. Eine Beschwerde gegen die Wählerliste zur Reichstagswahl ist von dem Rentnermann und Eisenbahnschaffner Rauthart an den Bezirksrat eingereicht worden. R. wurde zu Neujahr nach Karlsruhe verlegt und beschwerte sich darüber, daß er in die neu aufgestellte Wählerliste der Stadt Offenburg nicht aufgenommen wurde. Der Bezirksrat hat nun die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. L. Die Bürgerauschussung, die auf Montag, 26. Januar anberaumt war, ist auf Donnerstag, 29. Januar verlegt worden. So geht das Gerücht, eine offizielle Mitteilung ist den Stadterordneten noch nicht zugegangen.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 24. Jan. 20. Vorst. auf Ab. Ermäßig. Preise: „Aubine“, romantische Fabeloper in 4 Akten von Vorzing. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende nach 11 1/2 Uhr. Sonntag, 25. Jan. C. 22. „Die Meisterfänger von Nürnberg“ in 3 Akten von Richard Wagner. Eva: Feby Jacema-Bögelmann vom Hoftheater in Stuttgart als Gast. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende gegen 11 1/2 Uhr. Montag, 26. Jan. B. 34. „Wallensteins Lager“, dramatisches Gedicht in 1 Akt von Schiller. — „Die Piccolomini“, Schauspiel in 4 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 11 1/2 Uhr. Dienstag, 27. Jan. C. 23. „Kastell“, lyrische Komödie in 3 Akten von Verdi. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Donnerstag, 29. Jan. A. 34. Neueinstudiert: „Der Barbier von Bagdad“, komische Oper in 2 Akten von Peter Cornelius. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. Freitag, 30. Jan. B. 35. „Wallsteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 1/2 Uhr. Samstag, 31. Jan. 31. Vorst. auf Ab. Einmaliges Gastspiel des Hgl. Schwed. Kammerjägers John Forzell von Stockholm: „Don Juan“, große Oper in 2 Akten von Mozart. Don Juan: Kammerjäger John Forzell a. G. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. Sonntag, 1. Febr., nachm. 2 Uhr. 32. Vorst. auf Ab. Ermäßig. Preise: „Graf Poppi“, ein Lustspiel in 3 Akten aus dem Jahre 1806 von Sautel und Palm. Anfang 2 Uhr, Ende gegen 4 1/2 Uhr. Sonntag, 1. Febr. A. 35. „Lehensrin“, große romantische Oper in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. Montag, 2. Febr. C. 34. „Des dem, der lügt“, Lustspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende gegen 10 1/2 Uhr. In Baden-Baden: Mittwoch, 25. Jan. 18. Vorst. Zum erstenmal: „Wallsteins Lager“, dramatisches Gedicht in 1 Akt von Schiller. „Die Piccolomini“, Schauspiel in 4 Akten von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 1/2 Uhr.

f. Gaggenau, 22. Jan. Im Gasthaus „Zur Post“ findet Sonntag, 23. Jan., ein Theaterabend statt. Auf vielseitigen Wunsch wird das Theaterstück „Das Versprechen hinterm Herd“, das anlässlich der Silberfeier des Gewerkschaftsartells gegeben worden war, wiederholt.

\* Weidenheim, 23. Jan. Zu dem gemeldeten Brand ist nachzutragen, daß nach der sofort eingeleiteten Untersuchung durch die Gendarmerie der Besitzer der Webstreicherei, Ludw. Wehger, wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet und in das Bruchsaler Amtsgefängnis abgeführt wurde.

\* Mannheim, 22. Jan. Die „Mannheimer Volksstimme“ teilt mit: Auf die Nachricht, daß der arbeits- und obdachlose Schlosser Gampf mit erstorenen Füßen aufgefunden wurde, die ihm amputiert werden mußten, veranstalteten Schulförder von Dennweiler und Frohnach bei Kusel i. d. Pf. eine Sammlung, welche 650 Mk. ergab, die dem Unglücklichen zugesandt wurden.

\* Sulzfeld A. Eppingen, 23. Jan. Durch Feuer wurde die gemeinschaftliche Scheuer der Steinbauer Eigenmann und Wolfsmüller eingeeigert. Ein angebauter Schopf brannte ebenfalls nieder. Der Viehbestand konnte gerettet werden.

\* Gostmadingen, 23. Jan. Das 74jährige Schwäbchen des Landwirts Emil Schmidle fuhr aufgerhabt des Ortes mit seinem Schlitzen einen Abhang hinunter in den an dieser Stelle sehr tiefen Orlsbach und ertrank.

\* Jöhliches von der „Süddeutschen“. Ernsthafte Beschwerden gehen uns wieder einmal über unsere viel „gerühmte“ und viel „geliebte“ Schmalpudeln Spieß-Durmersthem zu. Der Fahrplan ist seitens für die Frühstunden außer Kurs gesetzt. Um 6 Uhr 48 geht ein Zug in Durmersheim ab oder soll abgehen, der von den meisten Arbeitern benützt wird, da sie dann noch rechtzeitig an ihre Arbeitsstelle kommen. Nun hat dieser Zug fast jeden Morgen bis zu einer halben Stunde Verspätung, so daß für viele Arbeiter Unannehmlichkeiten entstehen durch spätkommen im Geschäft usw. Es ist das eine Rücksichtslosigkeit seitens der Bahnverwaltung, für die es keine Entschuldigung geben kann. Die Schaffner erklären auf Verfragen, an ihnen liege es nicht. Die Schaffner für die Art, wie man Arbeiterverhältnisse behandeln zu können glaubt, ist die Antwort, die ein Bahnverwalter sich beschwerenden Arbeitern gab. Der Mann sagte: „Dann müssen die Leute eben früher fahren, wenn sie nicht rechtzeitig nach Karlsruhe kommen“. Der Mann hat es ja besser wie die Arbeiter, denn er überarbeitet sich nicht und kann sich ausruhen. Der Arbeiter aber braucht seine Ruhe und er sieht nicht ein, warum er wegen der Dummheit auf der Bahn für 1 1/2 Stunden länger warten muß, wo doch die Möglichkeit besteht, mit dem späteren Zuge, wenn auf Zeit und Ordnung gehalten würde, auch noch rechtzeitig genug an seine Arbeit zu kommen. Eine weitere Rücksichtslosigkeit liegt darin, daß wohl die beiden vorderen Wagen des Zuges schon beleuchtet sind, hier fahren eben die Herren Beamten und „bessere“ Schüler mit. Für die Wagen, in denen das „gewöhnliche Volk“ transportiert wird, braucht man aber keine Beleuchtung, da sieh entweder das Licht ganz oder es brennt nur eine kümmerliche Lampe. Die Arbeiterkraft will sich nun diese Behandlung nicht länger gefallen lassen und gebt energische Schritte zu tun, damit diesen Mißständen begegnet wird.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 24. Januar.

Gewerkschafts-Maskenball. Humor, frohe Unterhaltung und Gemütlichkeit, das dürfte das Motto sein, unter dem der heute abend stattfindende Maskenball des Gewerkschaftsartells steht. Der starke Vorverkauf der Eintrittskarten läßt einen zahlreichen Besuch erwarten. Die ausgefeilten schönen Preise haben sicher zu mancher ulkigen Darstellung der Betreteneisse veranlaßt, es wird sowohl bei den Gruppen, wie bei den Einzelmasken starke Konkurrenz herrschen. Ein frohes, farbenprächtiges, buntes Leben und Treiben wird sich unter den Klängen unserer selbstbekannten Gewerkschafts-fabelle im Saale entwickeln. Wer also einige Stunden fröhlich sein will, auch einmal das Treiben des „narrischen“ alten und jungen Volkes mitmachen oder ansehen will, der begeben sich heute abend in die Festhalle zum Gewerkschaftsmaskenball.

Öffentliche Anfrage an den Stadtrat Karlsruhe. Unter dem 16. Oktober richtete der Unterzeichnete durch Vermittlung der Stadterwaltung Durlach und vom Gemeinderat Durlach bejwörtet, eine wohlgegründete Eingabe an den Stadtrat Karlsruhe betr. die Arbeiterwochenkarten auf der städtischen Straßenbahn. Es war in dieser Eingabe, die die Unterschriften von annähernd 200 Interessenten trug, im Hinblick auf die Tatsache, daß mit der Verlegung des Karlsruher Haupt-Bahnhofes ein größerer Teil des Arbeiterverkehrs von der Staats- auf die Straßenbahn überging, an den Stadtrat Karlsruhe das Eruchen gerichtet, die jetzt für zweibahn. viermalige Fahrten pro Tag eingerichteten Arbeiterwochenkarten in solche umzuwandeln, die auf 12 bzw. 24 Fahrten lauten. Bis zur Stunde ist der Unterzeichnete noch ohne Mitteilung über die diesbezügliche Entscheidung des Stadtrats.

Der Unterzeichnete gestattet sich deshalb an dieser Stelle die Anfrage an den Stadtrat zu richten: 1. Hat der Stadtrat über die hier in Frage stehende Eingabe entschieden und wie ist seine Entscheidung ausgefallen? oder 2. Ist ihm die Eingabe noch nicht vorgelegt worden und bis zu welchem Zeitpunkt ist etwa seine Entscheidung zu erwarten?

F. Flohe, Gemeinderat, Durlach, Hauptstr. 56.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Karlsruhe.

hielt am Samstag, 17. ds. Mts., seine alljährliche ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Das Jahr 1913 bewegte sich in etwas ruhigeren Bahnen gegenüber dem vorhergegangenen Jahre. Das Jahr 1912 brachte uns bekanntlich die neue Lohn- und Arbeitsordnung, die vieler Verbesserungen bedurfte, um für die Arbeiterschaft annehmbar zu sein. Aus diesem Grunde hatten Vorstand und Arbeiterauschuss alle Hände voll zu tun. Es gelang auch in einigen Fällen Verrückelung herbeizuführen, z. B. bezüglich der Einhaltung des Lohntarifs und der Urlaubbestimmungen. Arbeiter, die in ihrem Betrieb alt oder invalide geworden sind, sollen für die Zukunft in ihrem Betrieb verbleiben unter Fortzahlung des Lohnes und leichter Arbeit. Aus der Betriebskrankenkasse sei hervorgehoben, daß sie unter Leitung der Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes sich gut entwickelt und den gesetzlichen Reservefonds bedeutend überdritten hat. Nach den Bestimmungen der neuen Reichsversicherungsordnung müssen in einigen Wochen Neuwahlen vorgenommen werden, aus

hier müssen die Verbandsmitglieder wieder ihren Mann stellen, zumal nach dem Proporz gewählt wird und auch die Gegner auf dem Plan erscheinen werden. — Die Mitgliederversammlungen hätten durchweg besser besucht sein dürfen, zumal in den meisten lehrreiche Vorträge gehalten wurden. Der Stand der Kasse und der Mitgliederbewegung ist ein guter zu nennen. Die Mitgliederzahl stieg von 498 auf 610. Die Kassenverhältnisse entwickelten sich folgendermaßen: Einnahmen der Filiale inkl. Bestand 11 864,43 Mk., Ausgaben der Filiale 230,34 Mk., Kassenbestand 9326,09 Mk.; hieron gingen an die Hauptkasse ab 8008,56 Mk., bleibt der Filiale ein Bestand von 1296,53 Mk. Ewerbslosenunterstützung war in 4 Fällen zu zahlen mit zusammen 535 Mk. Erwerbslosenunterstützung in 10 Fällen mit zusammen 137,25 Mk. und Krankenunterstützung in 24 Fällen mit zusammen 2176,50 Mk. Die Benutzung der Bibliothek ließ in diesem Jahre zu wünschen übrig; es ist das zu bedauern, zumal doch eine schöne Auswahl in unterhaltenen und auch lehrreichen Büchern vorhanden ist. Die von hier aus verwaltete Filiale Ettlingen konnte auf einen schönen Erfolg bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurückblicken. Die städtischen Arbeiter-Ettlingens sind nun auch im Besitz einer Lohn- und Arbeitsordnung. Interessant ist dabei, daß dieselbe ohne Bürgermeister zustande kam. — Die Leitung kann also mit Befriedigung auf das abgelaufene Geschäftsjahr zurückblicken. An den Kollegen liegt es, durch eifrige Agitations- und Organisationsarbeit dafür zu sorgen, daß immer mehr Mitglieder dem Verbands beizugeführt werden, damit er auch in dem neuen Jahre stark und mächtig dastehet und zum Wohle der Mitglieder seine segensreiche Tätigkeit weiterhin entfalten kann.

\* Klippurr. Wir machen die Parteigenossen nochmals auf die am Sonntag nachmittag 3 Uhr im „Löwen“ stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen.

\* Beschäftigungsgrad im Monat Dezember 1913 nach den Nachweisungen der Krankenkassen. Am 31. Dezember 1913 hatten 22 Krankenkassen der Stadt Karlsruhe einen Bestand von 42 437 versicherungspflichtigen Mitgliedern (darunter 15808 weibliche) aufzuweisen. Das sind gegenüber dem 1. Dez. 1913 1528 männliche und 232 weibliche weniger, gegenüber dem 1. Oktober 1913 1868 männliche weniger und 648 weibliche mehr und gegenüber dem 31. Dezember 1912 346 männliche und 259 weibliche mehr.

\* Auf unethischem Wege. 3000 Mk. wollte am Donnerstag vormittag ein Gelegenheitsarbeiter von hier mit einer gefälschten Quittung bei einer hiesigen Bank erheben. Er konnte, als auch ein 20 Jahre alter Schlossergehülfe von hier, welcher der Mittäterschaft dringend verdächtig ist, wurden verhaftet.

\* Manfarbendiebstahl. Gestern nachmittag gelang es, die Täterin, welche im Laufe der letzten 2 Monate hier zahlreiche Manfarbendiebstähle mittelst Nachschlüssel verübte, in der Person der Ehefrau eines in der Durlacherstraße hier wohnenden Tagelöhners zu ermitteln und festzunehmen. Der Ehemann wurde wegen Beihilfe zu den Diebstählen ebenfalls verhaftet. Bei einer Durchsuchung in der Wohnung der Festgenommenen fand sich eine große Menge gestohlener Gegenstände vor.

\* Infolge Explosion eines Kachelofens wurde in einer Wohnung der Weststraße gestern nachmittag ein Schaden von etwa 200 Mk. verursacht.

Veranstaltungen.

\* Touristenverein „Die Naturfreunde“. Montag, 9. Febr. abends halb 9 Uhr, findet im Saale der alten Brauerei des Kaiserstrahe 13, ein Lichtbildvortrag über „Die Schönheiten des Schwarzwaldes im Winter“ statt. Die reichhaltige Zusammenstellung der Bilder garantiert für einen interessanten Genuß. Eintrittskarten zu 20 Pf. sind im Lokal zur „Gambirins-Schänke“ und bei den Mitgliedern erhältlich.

\* Arbeiterbildungsverein. Morgen Sonntag, vormittag 9 1/2 Uhr, findet eine Führung durch die Altertumsammlung (Friedrichsplatz) durch Herrn Geheimrat Dr. E. Wagner statt. Gäste sind willkommen.

\* Kolozeum. Die „Erl-Lühne“ wird heute Samstag eine Novität für Karlsruhe, die Komödie „Die Umarmung“, geben. Für morgen Sonntag, 25. Jan., ist für die Nachmittagsvorstellung, 4 Uhr, die Posse „Die schöne Wittibäurin“ und für abends 8 Uhr die Posse „Der Probenbauer“ vorgesehen. Beide Stücke erzielten überall den größten Lacherfolg. Montag den 26. Jan. findet der zweite Angengrubenabend statt mit der Aufführung „Der Piarer von Kirzfeld“.

\* Im Residenztheater kommt gegenwärtig „Die blaue Maus“, ein vieraktiger Filmschwanz mit der Berliner Bühnenfängerin Nadja Jessing in der Titelrolle zur Aufführung. Die „Wolfsche Bg.“ schreibt über die 150. Vorführung in den „Marmorhaus-Lichtspielen“ u. a.: „Der tolle Schwanz, „Die blaue Maus“, der sich solange auf dem Programm halten konnte, hat noch nichts von seiner Zugkraft eingebüßt. Nach wie vor äußert sich die Beiterheit der Zuschauer durch wahre Hochrufe.“

\* Lichtspiele und Retropollino. Das „Mosa Pantoffelchen“, Lustspiel in 2 Akten ist inszeniert und verfaßt von Franz Döfer und gelangt ab heute Samstag in den vereinigten Lichtspieltheatern zur Vorführung. Wir wollen nicht verfehlen, auf diese erquickende Novität ganz besonders hinzuweisen. Das „Mosa Pantoffelchen“ hat in Berlin in sämtlichen neuen Uniontheatern wochenlang den Spielplan beherrscht und tausend und abertau-

Koche mit Knorr. Montag: Knorr-Grünkernsuppe. Dienstag: „Reisuppe. Mittwoch: Knorr-Gierriebelesuppe. Donnerstag: „Blumenlohsuppe. Freitag: Knorr-Hausmacheruppe. Samstag: „Frankfurteruppe. Sonntag: Knorr-Rönginsuppe. 6872. 48 Sorten Knorr-Suppen. 1 Baril 2 Keller 10 Pf.

sende durch drollige Situationskomik und graziose Wiebergabe erfreut; es wird auch hier seine Wirkung nicht verfehlen. Aus dem reichhaltigen Spielplan sei noch besonders das Aufsehen erregende italienische Schauspiel „Der brennende Zug“ hervorgehoben; für den humoristischen Teil ist in ausgiebiger Weise gesorgt. Eine Anzahl Naturaufnahmen und Aktualitäten vervollständigen das Programm.

### Letzte Nachrichten.

#### Zabern.

Zabern, 23. Jan. Heute wurde der 57-jährige Maurer und Fabrikarbeiter **Gien** wegen Gefangenens-Befreiung, verübt während der Zaberner Straßen-Unruhen am 10. November in Tateinheit mit tätlichem Angriff gegen einen Polizei-Beamten und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Jener Refrut der seinerzeit wegen unbefugter Bekanntgabe dienstlicher Mitteilungen an die Presse, bezw. wegen Unterschreibens der bekannten Mitteilung an den Elässer mit 43 Tagen Mittelarrest bestraft worden war, ist begnadigt worden. 29 Tage der erkannten Strafe hatte er bereits verbüßt.

#### Kerzestreif.

Braunschweig, 23. Jan. Der Kerzestreif ist heute hier proklamiert worden. Sämtliche dem Leipziger Verbande angehörige Kerze sind in den Streik getreten und behandeln keine Kranken mehr.

#### Schlächterstreik in Paris.

Paris, 23. Jan. In den Pariser Zentralmarkthallen ist ein neuer Streik ausgebrochen. Nach dem Auskande der Rinder Schlächter haben gestern die Gehilfen der Schweineschlächter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Lohn-erhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit. Bisher sind alle Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gescheitert.

#### Zur Unterseebootkatastrophe.

London, 23. Jan. Unter unendlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittag mit der Hebung des Unterseebootes „A 7“ begonnen. Das Wetter war rau und stürmisch. Trotzdem kriegten Taucher hinab und fanden das Schiff senkrecht hochstehend, mit dem Hinterteil tief in den Sand gehohrt.

#### Kohlenträgerstreik in London.

London, 23. Jan. Der Streik der Arbeiter im Londoner Kohlentransport hat sich gestern ausgedehnt. Es haben sich tausend Mann dem Ausstand angeschlossen, so daß jetzt etwa 9000 Mann feiern. Man besorgt, daß auch die Arbeiter des allgemeinen Transportgewerbes einen Sympathiestreik beginnen werden. In dem Konflikt zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern des Bootsgewerbes machte Sir George Asquith gestern einen Vermittlungsversuch, der aber keinen Erfolg hatte. Man erwartet, daß heute die Aussperrung erfolgt, die 150 000 Arbeiter betrifft.

London, 23. Jan. Die Zahl der Ausständigen im Londoner Kohlentransportgewerbe beträgt jetzt 15 000. Die Arbeiter haben eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß trotz aller Sympathie mit den Kranken und Leidenden für den Augenblick die Erlaubnis zur Verforgung der Hospitäler mit Kohlen verweigert werden müsse. Die Resolution rät den Hospitalverwaltungen, an den Verband der Kohlenhändler mit dem Ersuchen heranzutreten, sogleich mit den Vertretern der Arbeiter in Ausgleichsverhandlungen einzutreten. — Heute nachmittag kam es in St. Pancras, im Norden von London, zu aufregenden Szenen. Mehrere Wagen mit Kohlen wurden von Streikenden aufgehalten und die Kohlenjäte auf die Straße geworfen. Ein starkes Polizeiaufgebot sorgte für die Aufrechterhaltung der Ordnung.

#### Aus dem Balkan.

Konstantinopel, 23. Jan. Eine Trabe bestätigt das Todesurteil des Kriegsgerichts gegen **Mufhtar Bei**, den Sohn des Erschlags-nel-Islam, wegen Versuches einen Aufstand zu erregen. Mufhtar befindet sich zur Zeit in Frankreich.

#### Briefkasten der Redaktion.

Nach Baden-Baden. Wir wissen nicht, wer jene Notiz geschrieben hat. Wir entnehmen sie der „Leipziger Volkszeitung“. Erkant waren wir allerdings sehr darüber, daß man uns nichts darüber berichtet hatte. Gruß W.

D. S. Naturfreund. Wir hatten einen Berichterstatler in die Generalversammlung geschickt, der uns einen Bericht lieferte. Sie finden denselben in der heutigen Sportsede. Die andere Notiz konnte gestern nicht mehr kommen, da der Bericht erst um 11 Uhr in unsere Hände kam.

Unterharmersbach. Nach unserer Meinung kann der Mann nicht zurückgewiesen werden. Wenden Sie sich an das Bezirksamt.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

#### Verbandsanzeiger.

- Karlsruhe. (Steinarbeiterverband, Zählstelle Karlsruhe.) Montag, 26. Januar, punkt 1/6 Uhr, Generalversammlung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 6894 Der Vorstand.
- Karlsruhe. (Sängerfartell.) Mittwoch, 28. Januar, abends 1/9 Uhr Sitzung in der „Wacht am Rhein“. 6897
- Karlsruhe. (Vasallia.) Die Sänger treffen sich morgen Sonntag nachmittag 4 Uhr bei Mitglied Himmelbach zum „Geht“, Steinstraße. Auch die passiven Mitglieder sind willkommen. 6895
- Durlach. (Gesangverein Freiheit.) Anlässlich des Stiftungsfestes des Süddeutschen Eisenbahner-Verbandes am Sonntag den 25. Januar, in der Festhalle werden die Sänger ersucht, pünktlich 1/3 Uhr zu erscheinen. 6896
- Durlach. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Montag, 26. Jan., abends 6 Uhr, im „Lohn“ Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6857
- Durlach. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Die auf heute abend angelegte Versammlung findet nicht statt. 6898
- Wienfeld. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 24. Januar, abend halb 9 Uhr, im „Salmen“ Versammlung mit Jahresberichterstattung des Rall. Paul Gurlach. 6861



**Briefkasten der „Anaherb“.**  
Büchlerat. Inserat „Verloren“ erscheint. A. G. hier. Nicht geeignet. — Griechheim. Nicht geeignet. — Dos. Inserat erscheint, allerdings in umgeänderter Form.

#### Geschäftliches.

on **Julius Strauss, Karlsruhe** an detail  
**Ball und Karneval** Sämtliche Zutaten zur Anfertigung für Ball- und Karneval-Kostüme in grösster Auswahl und billigsten Preisen. 8969  
Spezialität: **Landestrachten.**  
Komplette **Tyroler-Kostüme** für Damen, Herren u. Kinder.



**Büchhandlung Volksfreund** Luisenstraße 24.  
Sobien erschienen: Zabern, Militärarchiv und Militärjustiz von Hermann Wendel. Preis 10 Pf., Porto 3 Pf.  
Der „Neue Weltkalendar 1914“, Preis 40 Pf., Porto 10 Pf.

# Schluss-Tage

in unserem **Inventur-Verkauf**

in allen Abteilungen bedeutend reduzierte Preise!

## Spiegel & Wels.

Herren- und Knaben-Bekleidung

trotzdem gewähren wir — auf sämtliche — doppelte Rabatt-Marken oder 10 Prozent in bar.

### Wo? Wo?

Nach Schluß des Gewerkschafts-Mastenballs treffen sich die Närrinnen und Narren beim **Rufschmann's Franz** im „**Muerhahn**“ bei Kaffee und hausgebaktem Kuchen. 6890  
Eröffnung morgens 3 Uhr.

### Achtung!

Am Sonntag, den 25. Jänner, spielt die stadtbekannteste Humoristentruppe „**Kochtopf**“ in der Wirtschaft zum „**Württembergischer Hof**“, Uhlandstraße. 6889  
7 Herren — 2 Damen.  
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.  
Bei gewürztem Humor kommt ein vorzüglichster Stoff zum Auskauen!  
Darum auf in „**Württembergischer Hof**“.

### Günstige Kaufgelegenheit in Schuhwaren

nur bis 2. Februar und nur so lange der Vorrat reicht.  
1 Posten Herren- u. Damenstiefel in allen Grössen **10 bis 30 Prozent Rabatt.**  
Herren-Boxcal, Original-Goodyear, echt gedoppelt **10.25**  
Herren-Boxcal, Original-Goodyear, Doppelschle **11.00**  
Damenstiefel 1 Mk. billiger.  
1 Posten Schultiefel: Grösse 27—29 **12.90** 31—35 **13.40**  
Auf alle regul. Schuhwaren während dieser Zeit **5% Rabatt.**  
**Madlener, Auktions- und Schuhgeschäft**  
Rüppurrerstrasse 20. 6893

### Vergabung von Bauarbeiten.

Nachstehende Arbeiten für die Schlachthofvergrößerung sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.  
Für die Neubauten der Ralldannenwäsche u. des Düngershauses 6884  
Schreinerarbeiten, Schlosserarbeiten, Lieferung schmiedeeiserner Fenster.  
Für den Neubau der Talgschmelze  
Plättchenbeläge u. Wandverkleidungen.  
Die Zeichnungen und Bedingungen können beim städt. Hochbauamt, Karlsriedstr. 8, Eingang Fähringerstraße 2. St., Zimmer No. 167 eingesehen werden und sind die Angebote bis Dienstag, den 3. Februar d. Js., vormittags 11 Uhr, dem z. Schl. der Ausschreibung beifügt einzureichen.  
Karlsruhe, 23. Januar 1914.  
Städt. Hochbauamt.

### Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

**Medizinische Bäder.**  
Fichtennadel-Salz (Rappenaauer oder Stassfurter).  
Mutterlauge u. Schwefel-(Thiopinol)-Bäder.  
Badezeiten an den Werktagen:  
Vormittags 8 Uhr bis 8 Uhr abends.  
Auch über Mittag geöffnet.  
An den Samstagen bis 9 Uhr. 15  
Sonntags 8—12 Uhr.

### Arbeiter

brauchen vollwert. Nahrung.  
Diese liefert billigt 6801  
**Reformhaus Kadner**  
Durlach, Amalienstr. 2.

### Ein Waggon Emailherde

eingetroffen und offeriere dieselben äußerst billig.  
**Gruft Marx, Luisenstraße 45,**  
Herb., Dien- und Haushaltungs-Geschäft.  
Februar 1914.

Doppelte  
Rabattmarken  
oder

**10**

Prozent Rabatt  
in bar.

Kaiserstr. 175, 1. Etage  
im Konfektionshause von  
Hirt & Sack Nachf.

**Feibelmänn's**

Kaiserstr. 175, 1. Etage  
im Konfektionshause von  
Hirt & Sack Nachf.

**Weisse Woche**

beginnt

**Montag, den 26. Januar.**

Doppelte  
Rabattmarken  
oder

**10**

Prozent Rabatt  
in bar.

Während derselben gelangen

**Grosse Posten Waren zu erstaunlich billigen Preisen** zum Verkauf.

Für Hotels! ——— Für Restaurateure! ——— Für Pensionen!

**Für Braut-Ausstattungen!**

Eine der größten Webereien des Elsaß hat ihr gesamtes fertiges Lager in Weißwaren wegen Aufgabe an eine mir befreundete Engros-Firma im ganzen unter dem heutigen regulären Werte verkauft. Von diesem Riesenposten habe ich ein großes Quantum übernommen. Der Posten enthält Elsässer Renforcé, Madapolams, Cretonnes, Maccotuche, Bettdamaste, 80 u. 130 cm breit, Satin gestreift, 100, 130 und 160 cm breit, weiße gebleichte Bieber, Croiséflanell, Flockpiqué und Cretonne, 160 cm breit, für Betttücher.

Weißer Bett-Damast 180 cm breit . . . . . Meter 85	<b>65</b> ↘
Weißer Bett-Damast 180 cm breit, prachtvolle Dessins Meter 1.20	<b>1.05</b>
Weißer Maccot-Bett-Damast Brocat . . . . . Meter 1.80	<b>1.68</b>
Weißer Bett-Damast 180 cm breit, gestreift . . . . . Meter 1.10	<b>85</b> ↘
Schneeweiß gebleichte Cretonne u. Madapolam Serie I . . . . . Meter . . . . . 39 ↘ Serie II . . . . . Meter . . . . . 47 ↘	
Weißer Cretonne Meter . . . . .	<b>18</b> ↘
Schneeweiß gebleichte Cretonne u. Madapolam Serie III . . . . . Meter . . . . . 58 ↘ Serie IV . . . . . Meter . . . . . 64 ↘	
Kissenbezug Größe 80/80 . . . . . Stück	<b>65</b> ↘
Kissenbezug Größe 80/80, aus gutem Cretonne, mit Stickerei oder Feston	
Serie I p. Stück . . . . . 98 ↘ Serie II p. Stück . . . . . 1.25 Serie III p. Stück . . . . . 1.55	
Paradekissen mit Spitzen, Volant, Einsatz und Fäitchen	
Serie I p. St. . . . . 2.05 Serie II p. Stück . . . . . 3.80 Serie III p. Stück . . . . . 5.20	
Ein Posten trüb gewordene reinleinen	
Kissenbezüge mit feiner Handstickerei <b>40% unter Preis.</b>	
Renforcés schneeweiss gebleicht	
Serie I Meter . . . . . 48 ↘ Serie II Meter . . . . . 58 ↘ Serie III Meter . . . . . 64 ↘ Serie IV Meter . . . . . 70 ↘	
Maccotuche für feinste Leibwäsche geeignet . . . . . Meter 88 75 69	<b>58</b> ↘
Gerauhte Croisé weiss . . . . . Meter	<b>35</b> ↘
Gerauhte Croisé weiss, solide Qualität . . . . . Meter 88 78 68	<b>58</b> ↘
Flockpiqué weiss . . . . . Meter	<b>48</b> ↘
Flockpiqué weiss, grosses Sortiment Ia Qualitäten . . . . . Meter 90 75	<b>65</b> ↘
Bettbarchent rot rosa gestreift, 80 cm breit . . . . . Meter	<b>95</b> ↘
Bettbarchent uni rot, 80 cm breit . . . . . Meter	<b>80</b> ↘

Bettbarchent echt türkisch rot, 80 cm breit . . . . . Meter	<b>1.35</b>
Bettbarchent rot-rosa gestreift, 180 cm breit . . . . . Meter	<b>1.55</b>
Bettbarchent echt türkisch rot, 180 cm breit . . . . . Meter	<b>1.90</b>
Bettfedern in allen Preislagen, Mehrere 1000 Meter	
Schweizer Wäsche-Stickereien Preise per Stück je 4,10 Mtr. bis 4,50 Mtr.	
Serie I . . . . . 47 ↘ Serie II . . . . . 75 ↘ Serie III . . . . . 90 ↘ Serie IV . . . . . 1.10 Serie V . . . . . 1.48 Serie VI . . . . . 2.50	
Halbleinen 75 cm breit . . . . . Meter	<b>55</b> ↘
Halbleinen 82/84 cm breit, gebleicht . . . . . Meter 1.05 88	<b>78</b> ↘
Bettuch-Halbleinen 150 cm breit . . . . . Meter	<b>69</b> ↘
Bettuch-Halbleinen 180 cm breit, solide Qualität . . . . . Meter	<b>1.25</b>
Bettuch-Halbleinen erstkl. Bielefeld, u. Westfälische Fabrikate, 160 cm br., Mtr. 1.85 1.65	<b>1.45</b>
Bettuch-Reinleinen 160 cm breit Art Hausmacher . . . . . Meter 2.95 2.50	<b>2.25</b>
Bettuch-Cretonne ca. 160 cm breit . . . . . Meter	<b>68</b> ↘
Bettuch-Cretonne 180 cm breit, sol. Qual. . . . . Meter 1.85 1.15	<b>98</b> ↘
Frottierhandtücher Stück	<b>45</b> ↘
Frottierhandtücher mit u. ohne geknüpft. Franse, Mtr. 1.25 1.10 78	<b>70</b> ↘
Damenhemd aus Cretonne mit Stickerei und Banddurchzug . . . . . Stück	<b>1.10</b>
Damenhemd aus gutem Cretonne und Feston . . . . . Stück	<b>1.35</b>
Damenhemd mit echter Madeira- passe, aus gutem Stoff . . . . . Stück 3.30 2.25	<b>1.95</b>
Damenhemd mit Handstickerei und Handfest, aus f. Madapol., St. 3.80 3.— 2.65	<b>2.25</b>
Damenbeinkleid gerades Fasson. mit Bördchenverzierung . St.	<b>70</b> ↘

Damenbeinkleid aus gutem Cretonne . . . . . Stück	<b>1.—</b>
Damenbeinkleid Kniefacon, mit guter Stickerei . . . . . Stück 2.35 1.95	<b>1.45</b>
Damenbeinkleid in hocheleganter Ausführung . . . . . Stück 4.50	<b>3.35</b>
Bettkattune 80 cm breit . . . . . Meter 69 60 55 45	<b>33</b> ↘
Hemdenflanelle Meter 65 58 45	<b>35</b> ↘
Handtuchstoff, Gerstenkorn weiss mit roter Kante . . . . . Meter	<b>25</b> ↘
Handtuchstoff, Halbleinen weiss, Dammbrett . . . . . Meter	<b>28</b> ↘
Handtuchstoff weiss, Ia. Qualität, gestreift und Blumen- muster . . . . . Meter 65, 65	<b>48</b> ↘
Fertig abgepasste Handtücher Größe 40/110 . . . . . Stück	<b>28</b> ↘
Fertig abgepasste weisse Drell- u. Jaquard-Handtücher 6 Stück	<b>3.50</b>
Handtuchstoff grau . . . . . Meter	<b>9</b> ↘
Handtuchstoff grau, Ia. Qualität . . . . . Meter 45, 88, 83, 25	<b>18</b> ↘
Wischtücher Stück	<b>25</b> ↘
Wischtücher, Rein Leinen mit Inschrift . . . . . Stück	<b>40</b> ↘
Handtücher abgepasst 6 Stück	<b>1.35</b>
Tischtücher Blumendessin, Größe 110/130 . . . . . Stück	<b>98</b> ↘
Tischtücher, Halbleinen Stück 3.50 2.90 1.95	<b>1.48</b>
Hierzu passende Servietten. 3 Posten halbleinene extra billig, weil ohne Tischtücher	
Serie I 6 Stück . . . . . 2.50 Serie II 6 Stück . . . . . 3.— Serie III 6 Stück . . . . . 3.50	
Konfirmanden- u. Kommunikanten-Kleiderstoffe in allen Preislagen.	



**Gesangverein Gleichheit**  
 Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 5 Uhr,  
**Familien-Unterhaltung**  
 im Lokal. Hierzu sind die Mitglieder nebst Familienangehörige  
 freundlichst eingeladen. 6882  
**Der Vorstand.**

Waldstr. 16/18, **Colossetum.** Telefon 1928.  
**Gastspiel der Exl-Bühne.**  
 Samstag, 24. Januar: Zym 1. Male! Grosser Lacherfolg! Novität  
 für Karlsruhe! „Die G'moanwahl“, Komödie in 3 Akten von  
 Rud. Brix und Herm. Greinz, Sonntag, 25. Januar, nachm.  
 4 Uhr: Grosser Lacherfolg! „Civille“ (Die schöne Milli-  
 häuerin). Posse mit Gesang, Musik und Tanz in 4 Akten von  
 Ph. Hartl-Mitius. Abends 8 Uhr: Zum 1. Male! Grosser Lach-  
 erfolg! „Der Protzenbauer“. Posse mit Gesang, Musik und  
 Tanz in 4 Akten von Ph. Hartl-Mitius. Montag, 26. Januar:  
 2. Anzengruber-Abend! „Der Pfarrer von Kirchfeld“, Volks-  
 stück in 4 Akten von Ludwig Anzengruber. — Weiterer Spiel-  
 plan folgt Mittwoch, den 28. Januar. — Colosseums-Kasse  
 täglich von 11-12<sup>1/2</sup> Uhr geöffnet. 6883

**Konsumverein Durlach.**  
 Am Sonntag, den 25. Januar, nachm. 1/3 Uhr, findet  
 im Gasthaus zur Blume in Durlach, 6891  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Ant. Tagesordnung:  
 1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes.  
 2. Beschlußfassung über die Errichtung einer Verkaufsstelle  
 in Brüglingen.  
 3. Verschiedenes.  
 Um voll zahl. Erscheinen unserer Mitglieder nebst ihren  
 verten Frauen wird höflichst ersucht.  
**Der Aufsichtsrat:**  
 L. Ceder, Vorsitzender.

**Durlach.**  
**Gasthaus zur Blume.**  
 Sonntag, 25. Januar, abends von 7 Uhr ab:  
**Großes**  
**Tanz-Vergnügen**  
 (Orchester: Feuerwehrcapelle). 6887  
 Hierzu ladet ganz ergebenst ein  
**Fr. Mannherz, Metzger u. Gastwirt.**

**Bekanntmachung.**  
 Die Verpachtung der Gemeindegärten betr.  
 Da die Versteigerung vom 19. d. M. hinsichtlich der nach-  
 stehenden Jagdgebiete:  
 Jagdgebiet I, jagdbare Fläche ca. 623 ha, ist im  
 Norden begrenzt von dem Rangierbahnhof und umfasst im  
 wesentlichen die ehemalige Gemarkung Müppur einschließlich  
 der Gewanne Schellenberg, Bruchwiesen, Dammertod und  
 Weihe-Wieder.  
 ausgehauen sind die zusammenhängenden domänen-  
 ärarischen Grundstücke westlich der Alb mit dem Domänen-  
 wald D. 1111, „Forst 4 und Oberholz“, sowie das Gebiet  
 des Hammerquers Müppur, östlich der Alb mit etwa 118 ha  
 Wiesen und Ackerland.  
 Jagdgebiet II, jagdbare Fläche ca. 154 ha, wird be-  
 grenzt: im Süden von der Südgrenze des Rangierbahnhofs,  
 im Westen von der Etlin er Straße und der Karl-Friedrich-  
 Straße, im Norden vom Schlossbezirk, Bäumengarten, Karls-  
 Wilhelm-Straße, Karl-Straße, Große Wild art, Fr edhof  
 und Hirten-Weg, im Osten von der Gemarkung Durlach.  
 Jagdgebiet III, jagdbare Fläche ca. 46 ha, wird be-  
 grenzt: im Süden von der Südgrenze des Rangierbahnhofs,  
 Gemarkung Etlingen und Lulach und der Alb, im Westen  
 von der Alb, dem Landgraben und der Gemarkung Anle-  
 tung n, im Norden von der Gemarkung Anleitingen, Gnei-  
 senau-Straße, Hardt-Straße, Molte-Straße, Brühl-  
 Straße, Nordl eben Hüdepromenade, Hoff-Straße, Mieshahl-  
 Straße, Mo lie-Straße, Hans Thoma-Straße, Wald Straße  
 und dem Schlossplatz, im Osten von der Karl-Friedrich-  
 Straße und Etlinger-Straße.  
 Jagdgebiet V, jagdbare Fläche ca. 735 ha, wird be-  
 grenzt: im Süden von der Gemarkung Forchheim und  
 dem Domänenwald-Distrikt „Kap.enwörth“, im Westen  
 von dem Rheinstrom, im Norden von dem Etlikanal bis  
 zum Gewann „Schleier“ und der Gemarkung Anleitingen,  
 im Osten vom Landgraben, der Alb, Vorderstraße, dem  
 Delgartenweg, der Bienenstraße, Malvenstraße, Goldgrund-  
 straße und der Heberbach.  
 ergebnislos geblieben ist, wird neuer Termin zur Vornahme der  
 Versteigerung auf  
**Montag, den 26. Januar 1914, vorm. 10 Uhr.**  
 im kleinen Sitzungssaal des Rathauses dahier, 2. Stock, Zimmer  
 Nr. 48, anberaumt.  
 Die Jagd soll für den Zeitraum vom 1. Februar 1914 bis  
 31. Januar 1920 im Wege öffentlicher Versteigerung neu ver-  
 pachtet werden.  
 Bei der Jagdverpachtung werden als Bieter nur solche Per-  
 sonen zugelassen, welche sich im Besitze eines Jagd-alles befinden  
 oder durch ein schriftliches Zeugnis ihres zuständigen Bezirksamts  
 nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses ein Be-  
 denken nicht obwaltet.  
 Die Entwür e der Jagdverpachtung liegen nebst zugehörigen  
 Plankarten im Geschäftszimmer Nr. 66 (2. Stock des Rathaus).  
 zur Einsicht auf.  
 Karlsruhe, den 22. Januar 1914.  
**Der Stadtrat:**  
 Dr. Klein Schmidt. 6801

**3 Zimmer-Wohnung**  
 im Preise von 400-450 Mark  
 zu mieten gesucht. — Gesl.  
 Offerten unter Dr. K. an die  
 Expedition des „Volkstfreund“.

**Wer leih**  
 auf ein neues Haus 1000 RM.  
 Gesl. Offerten unter Nr. 100  
 an die Exped. d. „Volkstfreund“.

**Carl Schöpf** KARLSRUHE  
 Marktplatz

An den zum **Inventur-Ausverkauf** vorgenommenen

**Großen Preisreduktionen**

tritt auf die noch reichlichen Bestände eine Aenderung  
 in der überaus vorteilhaften Verkaufsweise nicht ein. 6873

Damen-Konfektion		Kleider- und Blusenstoffe	
Farbige Paletots	4.50 7.50 11.50 17.- 25.-	Kostüm-Stoffe	— .75 1.- 1.40 1.90 2.90
Abend-Mäntel	12.- 19.- 24.50 28.- 35.-	Farb. Kleiderstoffe	— .75 — .95 1.40 1.90 2.50
Kostüme	9.75 17.50 25.- 32.- 50.-	Damen-Tuche	1.50 2.25 2.50 2.90 3.50
Tailen-Kleider	15.- 28.- 39.- 45.- 58.-	Blusen-Stoffe	— .68 — .95 1.25 1.75 2.20
Kostüm-Röcke	2.50 5.50 9.50 12.- 17.50	Blusen-Samte und -Seide	— .95 1.25 1.60 1.90 2.50
Morgen-Röcke	4.75 9.- 12.- 20.- 25.-	Kinder-Paletots	2.50 3.50 7.- 10.- 14.50
Blusen	3.- 5.- 7.50 12.- 16.50	Kinder-Kleider	3.50 5.90 8.50 12.- 15.-
Nettopreise.		Nettopreise.	

Posten weit zurückgesetzte Gardinen, Tüll- u. Spachtel-  
 Bettdecken, Boden-Teppiche, Wäsche etc. etc.

**Trinkt Union-Bier!**  
 ff. helle Export- und ff. dunkle Lagerbiere  
 in der Brauerei auf Flaschen gezogen. 6882  
**Union-Brauerei Karlsruhe.**  
 Telefon 264.

**Bett-  
 Teppiche**  
 sind enorm billig abzugeben  
**Kaiserstr. 133**  
 6882 1 Treppe hoch  
 Ecke Kaiser- und Kreuzstr.

**Ernst Marx**  
 Luisenstr. 45  
 Fernruf 3086  
 empfiehlt sein großes  
 Lager in Herden, Cefen,  
 Grudofen, Gasherden,  
 Röhren- und Haushal-  
 tungsmaterialien, Lampen  
 für Gas und Petroleum und  
 deren Ersatzteile, Glas,  
 Porzellan, Steinzeug etc.  
 Billige Preise! 3748  
 Reelle Bedienung!

**Für Landfriseur**  
 oder jungen Anfänger habe ich  
 1 Doppelwassertisch mit Wasser-  
 leitungsanschluß, weiß. Marmor  
 u. Kippbecken, 1 bereits neue  
 Toilette mit großem Vie ler-  
 fessel sowie Ausdampf-Appa-  
 raten billig zu verkaufen. 6883  
**Aug. Birk, Friseur,**  
 Karlsruhe, Poststr. 19.

**Herrenkleiderstoffe**  
 Alterstoffe  
 Paletotstoffe  
 Loden- u. Kostüm-  
 stoffe etc. 6517  
 sind enorm billig abzugeben.  
**Kaiserstr. 133**  
 1 Treppe hoch.

**Trunksüchtige**  
 und deren Angehörige  
 wenden sich an die  
 Beratungsstelle für Alkohol-Kranke  
 im Obergeschoss der Kranken-  
 kassenverwaltung  
**Gartenstrasse 14/16.**  
 Kostenlos! Auskunft an jedermann.  
 Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr.

**Schuppen!  
 Haarausfall!**  
 verhindert Bergarnika-Haaröl  
 à 50 Pfg. 2501  
**Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.**

**Reparaturen**  
 an Uhren, Goldwaren,  
 Brillen u. Zwickel werd.  
 unter Garantie fachgemäss  
 in eigener Werkstatt sofort  
 und billigst ausgeführt.  
**Gg. Paul, Uhrmacher,**  
 Marienstr. 33. 6802

**Klavier-Unterricht.**  
 Konterbatorisch geb. Fräulein  
 erteilt gründl. Unter richt für An-  
 fänger und Fortgeschrittene bei  
 mäßi em Honorar. Näh. Mond-  
 str. 2, 2. Stock. 6762

**Maskenkostüme,** verschied.  
 zu ver-  
 leihen oder zu verkaufen. 6812  
**Bähringerstr. 3, 2. Stock.**

**Rattenfänger,** raffentreiner  
 alt, unter Garantie über den billigen  
 Preis von 10 RM zu verkaufen;  
 Offenweinstr. 42, Hinter-  
 haus, 2. Stock. 6842

**Maskenkostüm** (Kaffasterin)  
 billig zu  
 verkaufen oder zu verleihen.  
**Girichstr. 18, Ott. 2. St.**

**Wagnerstr. 75, 4. St. r.**  
 in ein schönes Zimmer möbl.  
 sofort oder auf 1. Februar zu  
 vermieten.

**Haus-Verkauf.**  
 Im Stadtteil Daxlanden ist  
 ein neu erb. 2 1/2 stöck. Wohnhaus,  
 bestehend aus drei Wohnungen  
 mit je 3 Zimmern und Küche,  
 sowie Waschküche und schönem  
 Garten zu verkaufen. Das Haus  
 ist mit Wasser, Gas u. elektr.  
 Licht eingerichtet und steht in  
 nächster Nähe der Straßenbahn-  
 halte. Kaufpreis 17.000 RM.,  
 rentiert zu 6%. Anzahlung  
 nach Ueberreifeinst. Offerten  
 unter Nr. 67 2 an die Expedition  
 dieses Blattes erbeten.

**Bekanntmachung.**  
 Die Z. 1348 unter Nr. 12292  
 bis mit Nr. 14596 ausgestellten  
 be w. erneuerten Pfandcheine  
 werden hiermit aufgefordert, ihre  
 Pfänder bis längstens 6. Febr.  
 1914 auszulösen oder die  
 Scheine bis zu diesem Zeitpunkt  
 erneuern zu lassen, widrigenfalls  
 die Pfänder zur Versteigerung  
 gebracht werden. 6866  
 Karlsruhe, 24. Jan. 1914  
**Städt. Pfandleihkasse.**

**Spannkraft**  
 erhalten Sie durch die  
**Nähr,alz-Präparate**  
 vom 6304

**Reformhaus Kadner**  
 Durlach, Amalienstr. 25.  
 Umzüge mit neuen Möbel-  
 wagen und Koffen bei Regen  
 gedeckter Rollen liefert billig  
 0610 Karl Müllner,  
 Pölsingstr. 8a. Telefon 3565.

**Diegen** großträchtig, billig  
 zu verkaufen.  
**Dagfeld, Karlsruhe, Poststr. 8.**

**Druckfachen** fertig  
 an  
**Druckerei Volkstfreund**